

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 15.

Berlin, den 24. Dezember 1916.

11. Jahrgang.

Winter-Sonnenwende 1916.

Sieh, die Winter-Sonnenwende
Hat soeben sich vollzogen,
Und es ist zum Licht gewendet
Wiederum der Lauf der Tage;
In des Winters tiefster Dede
Ward der Frühling neu geboren,
Denn Natur, die güt'ge Mutter
Wandelt ihre ew'gen Bahnen
Und erlöst zur rechten Stunde
Ihre jagenden Geschöpfe
Aus des Winters Tyrannie.

Doch die Menschheit auch ist ewig,
Und sie stirbt nicht unter'm Drucke
Einer Zeit, die schwer und düster
Sie umschattet und bedräuet.
In der Völker trübsten Tagen
Wird die Freiheit neu geboren
Und sie wecket schon die Geister
Und sie flammt schon in den Herzen.

Darum fort das bange Zagen,
Fort die Wolken von der Stirne!
Darum auf dem Licht entgegen,
Neuem Frühling, neuem Leben!
Und so freu dich auch der Weihnacht,
Denn sie soll dir Kunde bringen,
Daß vorbei die Sonnenwende,
Und die Völker wieder schreiten
Vorwärts auf des Lichtes Bahn.

Friedensworte und Friedenstaten.

Seit anderthalb Jahrtausenden — die christliche Kirche der ersten drei Jahrhunderte kennt das Weihnachtsfest nicht — ertönt in diesen Dezembertagen in der ganzen christlichen Welt die Botschaft: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ In unzähligen Predigten, Liedern und frommen Schriften hat man versucht, den Menschen den idealen Inhalt dieser Glücks- und Friedensbotschaft zu deuten. Aber alle überfönnlichen Aus-

legungen, alle mystische Verherrlichung des „Weihnachtswunders“, konnten dem ehrlich religiös empfindenden Menschenherzen für kurze Zeit nur fromme Friedensträume vorgaukeln, die in der rauhen Luft des wirklichen Lebens nur zu schnell verflattern mußten. Denn in den anderthalben Jahrtausenden, in denen Jahr für Jahr die weihnachtliche Friedensbotschaft verkündet wurde, in denen die Lippen das Gebot der Nächstenliebe als höchstes sittliches Gesetz priesen, haben Krieg und Massenvernichtung, haben Länderraub und Menschenausbeutung, haben Unterdrückung und Entrechtung nicht aufgehört. Die Friedensworte der Weihnachtsbotschaft haben zu allen Zeiten in schreiendem Gegensatz gestanden zu den Taten der Menschen und Völker, die sich zum Christentum bekennen und bekannten. Ja sogar im Namen des Christentums selbst sind Kriege geführt, Völker ausgerottet, Länder verwüstet und Menschen gefoltert und gepeinigt worden.

Für uns, die nur das Weltgeschehen im Lichte der sozialistischen Erkenntnis betrachten, ist dieser klaffende Widerspruch zwischen Worten und Taten der christlichen Kulturwelt verständlich. Wir wissen, daß nicht die „Schlechtigkeit“ oder „Sündhaftigkeit“ der menschlichen Einzelwesen die letzte Ursache dieses Widerspruches ist, wir haben erkannt, daß nicht die Satzungen irgendeiner Sittenlehre, und seien sie noch so ideal und einleuchtend, von sich allein aus den Menschen Frieden und „Wohlgefallen“, d. h. leibliche und seelische Glückseligkeit, bringen können. Wir sind der Ueberzeugung, daß die friedensfeindlichen Mächte, die trotz der Weihnachtsbotschaft die Menschheit in Krieg und Unheil stürzen, letzten Endes zu suchen sind in der ungleichen Verteilung der Eigentumsverhältnisse, die den einen wirtschaftliches Uebergewicht, politische und gesellschaftliche Macht und schrankenlosen Genuß aller Kulturgüter gewähren, während die anderen, und das ist in allen Völkern die Mehrzahl, wirtschaftlich nichts weiter in die Waagschale zu werfen haben, als ihre schlecht und unzulänglich entlohnte Arbeitskraft, so daß sie politisch minderen Rechtes, gesellschaftlich wenig geachtet und leiblichen und geistigen Entbehrungen ausgesetzt sind, obwohl viele von ihnen in der Stumpfheit und Dumpsheit ihres Daseins solche Entbehrungen nicht merken können. Dieser Gegensatz tritt uns auf den vielverschlungenen Pfaden der Geschichte, hier weniger, dort mehr, klar und einfach, bis auf unsere Tage auf Schritt und Tritt entgegen. Und da überall Macht zur

Berggrößerung der Macht, Besitz zur Erweiterung des Besitzes, Herrschaft zur Ausdehnung der Herrschaft dringt, prallen auch im Völkerleben Besitzhunger, Machtbegier und Herrschaft aufeinander, der Wirtschaftskampf und der politische Gegensatz der Staaten führen schließlich zu kriegerischen Katastrophen, aus denen jeder mit neuer Macht und neuen Herrschaftsmöglichkeiten hervorgehen möchte. Auf allen Seiten aber haben die arbeitenden Massen in solch blutigen Katastrophen den größten Anteil der Opfer an Blut und Gut getragen, obwohl sie nicht die Urheber solchen Völkerwürgens waren, das sehr oft sogar gegen ihren Willen über sie hereinbrach.

So erklärt sich für uns Sozialisten der Widerspruch zwischen den Friedensworten und den Friedenstaten der christlichen Welt. Nicht immer liegen die treibenden Kräfte der Geschichte, die wir hier nur in einfachen Strichen greifen konnten, klar zutage. Häufig tragen sie die Maske religiöser oder nationaler Bestrebungen, decken sich sogar auf eine kurze Strecke Weges mit solchen Bestrebungen, laufen schließlich doch am letzten Ende auf Fragen der Macht und des Besitzes hinaus.

Aber wir Sozialisten wollen nicht nur die Vergangenheit theoretisch betrachten, wir wollen auch in der Gegenwart wirken und die Zukunft gestalten. Wir wollen unsere ganze Kraft einsetzen, daß die Kriege, die furchtbarste Geißel des Menschengeschlechtes, einmal unmöglich werden. Wir wollen an unserem Teile dazu beitragen, daß die Friedensworte mit den Friedenstaten der Kulturwelt in Einklang stehen.

Das kann aber nur geschehen durch entschiedenes Eintreten für die Forderungen des Sozialismus. Und da dieser das Evangelium des arbeitenden Volkes ist, auch durch entschiedenes Eintreten für die Forderungen der Demokratie. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, diese wirtschaftliche Grundforderung des Sozialismus, kann nur verwirklicht und der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, wenn das Volk sich die politische Macht zu erkämpfen und in echt demokratischem Sinne auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens anzuwenden weiß. Dazu gehört nicht nur das Pothen auf demokratische Rechte, wir müssen auch eingedenk sein, daß es auch demokratische Pflichten gibt. Ein jeder, der sich als Kämpfer zur Sozialdemokratie bekennt, hat die Pflicht, sein Verständnis und seine Einsicht in die Dinge des wirtschaftlichen und politischen Lebens zu erweitern und zu vertiefen, er hat die Aufgabe, nach Kräften mit Hand anzulegen an der Verwirklichung unserer sozialistischen und demokratischen Ziele. Nur im Hinblick auf diese Ziele hat die engere Parteilichkeit in unseren Organisationen, die ja nur ein Mittel in unserem Kampfe sind, Sinn und tiefere Bedeutung; die kleinste und unscheinbarste Kleinarbeit innerhalb unserer Bewegung erhält ihre Weiße, wenn man an sie heran- mit dem Bewußtsein, daß sie ein Schritt wei-

ter ist auf dem Wege, der uns unseren Zielen näher bringt.

Das nächste Wegziel ist aber, wie wir herauskommen aus diesen Kriegsnöten, wie wir zum Frieden gelangen.

Denn so schneidend und aufreizend wie in unseren Tagen ist noch nie der Widerspruch zwischen den Friedensworten und den Friedenstaten der Kulturwelt gewesen. Weit über 10 Millionen kräftige Männer und blühende Jünglinge modern jetzt nach zweieinhalbjährigem Völkerwürgen in Massengräbern oder in zahllosen Einzelgrabstätten. Noch größer ist die Zahl derer, die als Krüppel und Sieche in die Heimat kehrten, die sie im Vollbesitz ihrer Gesundheit verlassen hatten. In Millionen von Frauen und Kinderherzen tönt der Klang der Weihnachtsglocken wie das Wimmern des Totenglockleins. In allen Ländern sitzen Entbehrung und Not des Leibes und der Seele in Millionen von Wohnungen am Weihnachtstisch. Und wer kann sagen, wie viele noch dazu sinken werden, wie hoch das Meer von Blut und Tränen noch steigen wird? Ein heißes, schmerzliches Friedenssehnen geht durch die Völker, und doch rast noch auf allen Fronten das Trommelfeuer, dringen täglich in jeder Minute Schmerzensschreie sterbender und verwundeter Menschen gen Himmel. Warum das alles? Weil die, die in allen Ländern gleichmäßig, bewußt oder unbewußt, diese Völkertastrophe entfesselt und sie mit der Leidenschaft des Hasses und mit kühlberrechnender Anwendung der Waffengewalt in das dritte Kriegsjahr verlängert haben, Furcht vor einem Frieden haben, der ihre Macht und ihren Besitz nicht vermehrt; denn sie glauben der Verantwortung, die sie an dem Unheil tragen und für das sie ihre Völker zur Rechenschaft ziehen werden, nur dann gewachsen zu sein, wenn sie als Siegespreis noch mehr Macht in die Waagschale werfen können. Darum müssen die blutenden und leidenden Völker mit umso größerem Nachdruck ihren Friedenswillen in die Welt hinaus schreien.

Und gerade jetzt ist die Zeit dazu. Denn das so lange verpönte Wort „Frieden“, das denen, die es im Laufe des Weltkrieges fordernd aussprachen, mancherlei Verfolgungen eingetragen hat, lebt jetzt auf allen Lippen, seit die deutsche Regierung und ihre Verbündeten ihr Friedensangebot gemacht haben. Zwar dient es nicht dem Frieden, wenn auch bei uns in demselben Atemzuge, in dem man von Frieden redet, an das Schwert geschlagen, und die Friedensbotschaft mit offenen oder versteckten Drohungen mit einer noch einsichtloseren und blutigeren Fortsetzung des Krieges begleitet wird. Es dient auch nicht einer schnellen Herbeiführung des Friedens, wenn man überall die greißbaren Bedingungen, unter denen man Frieden schließen will, verschweigt und verschleiert und an allen Orten die unerfülllichen Vernichtungs- und Eroberungsschreier toben läßt. Und ebensowenig ist es der Friedenssache förderlich, wenn man es bei einem unbestimmten Friedensangebot bewenden läßt und das Volk oder seine

Vertretung hindert, diesem Angebot der Regierung den Ausdruck seines eigenen Willens mit auf den Weg zu geben, damit die Völker auf der Gegenseite hören, welchen Frieden wir als von der Regierung unabhängige Sozialisten und Demokraten erstreben. Wäre das geschehen, dann hätten die Sozialisten und Friedensfreunde des feindlichen Auslandes, die keinen Bund mit ihren kriegerischen Regierungen geschlossen haben, die friedenswilligen Volksmassen gegen die friedensfeindlichen Regierungen und Kriegsheker mobil machen können. All die Begleiterscheinungen des deutschen Friedensangebots aber haben zur Folge gehabt, daß in allen Herzen Zweifel naht, ob den Friedensworten nun auch die Friedenstaten folgen werden.

Von uns Sozialisten kann nur der mit reinen Händen und reinem Gewissen an die Friedensarbeit gehen, der sich frei gehalten hat von jeder politischen und moralischen Mitschuld am ganzen Verlauf dieses Völkermürgens. In dieser wildwogenden Zeit, in der der Einzelne nur zu leicht Kompas und Richtung verliert, ist es doppelte Pflicht, auf den Leitstern des Sozialismus und der Demokratie zu sehen und das Schiff unserer Bewegung danach zu lenken, und nicht ziellos im Kielwasser anderer Schiffe zu fahren, deren Kurs nicht der unsere ist. Das letztere ist im Laufe des Weltkrieges nur zu oft geschehen und darum herrscht auch in unseren Reihen nicht der Friede. Wenn wir in dieser kampferfüllten Zeit auch den Kampf im eigenen Lager führen müssen, so geschieht das nicht um der Lust am Streit willen, sondern wir ringen, weil wir diese Bewegung wieder auf die Bahn bringen wollen, die nach unserer Ueberzeugung am sichersten und schnellsten zur Demokratie und zum Sozialismus hinführt, weil wir nicht direkt oder indirekt die kriegerischen Mächte stärken, sondern mit aller Energie die Friedenskräfte stärken wollen. Nicht allein für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Denn die zum Kriege treibenden Gewalten werden auch nach Abschluß dieses Weltkrieges noch lebendig sein. Dann wird im Kampfe gegen sie bei den Massen des arbeitenden Volkes Gehör und Gefolgschaft finden, wer in dieser Zeit nicht allein durch Friedensworte, sondern durch Friedenstaten — wenn solche unter dem Kriegszwang und Kriegsdruck auch nur häufig in Schweigen, Zurückhalten, Nichtzustimmen bestanden — der Sache des Sozialismus und damit des Menschheitsfriedens gedient hat. Wir sind überzeugt, daß wir durch treues Festhalten und energisches, durch keine Staatsmännerlei und überschlaue Anpassungssucht gelähmtes Eintreten für unsere sozialistischen und demokratischen Ziele Sinn und Inhalt erhalten wird, was heute noch als leeres Wort in unsere Ohren schallt, das Wort:

Friede auf Erden!

Simili-Friedensarbeit. *)

Eine Erwiderung für Scheidemann.

Von Ed. Bernstein.

Im „Vorwärts“ vom 3. Dezember zieht Philipp Scheidemann gegen meinen Artikel „Die Politik des Als ob“ zu Felde, der das von ihm seit einiger Zeit beliebte Spiel mit politischen Fiktionen geißelte. (Vgl. u. a. „Braunschweiger Volksfreund“ vom 27. November.) Seine Antwort ist nach dem System gearbeitet, mit dem ich es in jenem Artikel zu tun hatte, sie unterstellt Absichten, die nicht vorhanden waren, stellt Behauptungen auf, für die auch nicht die Spur eines Beweises erbracht wird, und geht um den wirklichen Inhalt meines Artikels mit nichtsagenden Redensarten herum. Es würde sich daher nicht lohnen, auf sie etwas zu erwidern, wenn es sich nicht darum handelte, das Falsche einer Bewegung aufzudecken, die nur geeignet ist, unser Volk in verhängnisvoller Weise irrezuführen.

Nachdem er mich hat „über die Schlechtigkeit der andern jammern“ lassen, während mein Artikel ausdrücklich von jeder Bezeichnung der Redlichkeit seiner Absichten absah und lediglich die Frage seiner Politik kritisch behandelte, stellt Scheidemann „folgendes fest“: „Solange die Fraktion und der Parteivorstand in Berlin keine Stimme hatten, wurden sie den Berlinern als Hurrah-Patrioten, Kriegsverlängerer, Annexionisten ufm. verdächtigt. Dieser — sagen wir einmal: beabsichtigte! Irrtum hat jetzt, da man uns nicht mehr mundtot machen kann, ein Ende. Der „Vorwärts“ hat als Zentralorgan der Partei in vier Wochen weit mehr Friedensarbeit geleistet, als in den zwei vorausgegangenen Jahren.“

Ein leckeres Umspringen mit den Tatsachen ist nicht gut denkbar. Diese „Feststellung“ unterstellt Zustände in der Sozialdemokratie Groß-Berlins, die in Wirklichkeit nie m a l s bestanden haben. N i e m a l s hat der Parteivorstand in Berlin keine Stimme gehabt, und so wenig war die Fraktion — soll heißen: die Fraktionsmehrheit — ohne Stimme in Berlin, daß von den sieben sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Groß-Berlins drei — R. Fischer, W. Pfannkuch und Robert Schmidt — ihr angehört und bei jeder wichtigen Besprechung in der Lage waren, deren Standpunkt zu vertreten. Wohl mag in Versammlungen oder in Flugblättern manches übertriebene Wort über die Politik der Fraktion oder des Parteivorstandes gefallen sein. Aber im Vorwärts ist eine solche Sprache gegen sie nicht geführt worden, und selbst der größte Hiskopf hat dem Parteivorstand nicht den zehnten Teil des Unrechts angetan, das dieser durch seinen Gewaltstreich gegen die Redaktion des Vorwärts sich selbst angetan hat.

Und dann der Vergleich zwischen der Friedensarbeit des Vorwärts unter der alten und unter der neuen Redaktion: vier Wochen Arbeit der Gewaltredaktion sollen zwei Jahre Arbeit der rechtmäßigen Redaktion übertreffen! Das ist von einer Kühnheit, daß man versucht ist zu fragen, warum überhaupt noch Wochen in den Kauf geben? Warum nicht lieber gleich sagen: vier Tage? Oder, noch besser: vier Stunden? Jedes davon wäre gerade so berechtigt gewesen wie das erstere.

Unter der vergewaltigten früheren Redaktion hatte der Vorwärts mit nicht genug anzuerkennender Zähigkeit, soweit es die gegenwärtigen schwierigen

*) In Nr. 13 des Mitteilungsblattes brachten wir Scheidemanns Antwort auf den auch von uns veröffentlichten Artikel Eduard Bernsteins „Die Politik des Als ob“. Da wir wegen Raum Mangels Bernsteins Widerlegung der Ausführungen Scheidemanns in der vorigen Nummer nicht bringen konnten, holen wir sie hiermit nach. Sie hat jetzt angesichts der Stellung, die Scheidemann und der Vorwärts-Vorwärts zum deutschen Friedensangebot einnehmen, auch jetzt noch ihren Wert.

Verhältnisse überhaupt nur zuzulassen, die Grundsätze der Völkerverpolitik hochzubalten gesucht, welche die Sozialdemokratie die ganzen Jahrzehnte vor dem Kriege verkündet und verteidigt hatte, hatte er sich und durch sein Beispiel auch das Gros seiner Leser freigehalten vom Bann der Schlagworte und Stimmungen des Tages, sich das zu erhalten verstanden, was Karl Marx einmal unter Bezugnahme auf Jean Jacques Rousseau den einfachen jütischen Latt nennt, der selbst jedem Scheinkompromiß mit den herrschenden Gewalten aus dem Wege geht, und hat er dadurch dem Organ der Sozialdemokratie Groß-Berlins das Vertrauen der ganzen sozialistischen Internationale, diese erste Vorbedingung jeder echten sozialistischen Friedensarbeit zu bewahren gewußt.

Mit dieser Art Friedensarbeit ist die neue Vorwärtsredaktion, das muß man ihr lassen, in der Tat sehr schnell fertig geworden. In fabelhaft kurzer Zeit hat sie den Vorwärts seines einheitlichen Charakters entkleidet und aus ihm ein Bastardgebilde gemacht, das von allem etwas und nichts ganz darbietet. Weil sie dabei eine journalistische Gewandtheit entwickelt, die der etwas schwerfälligen früheren Redaktion abging, ist denn auch schon von Leuten, deren Hörgott der Tag ist, ihr Lob in allen Tonarten gesungen worden. Aber eines hat keiner ihrer Lobredner ihr nachrühmen können. Keiner konnte mit auch nur einem Schimmer von Zug sagen, daß sie dem Vorwärts den guten Namen erhalten hat, den er bisher in der Internationale der Sozialdemokratie genossen. Für ein in jeder Hinsicht unabhängiges sozialdemokratisches Blatt wird der neue Vorwärts draußen von niemand mehr betrachtet. Mit dem Ansehen, das das Vertrauen verleiht, ist aber auch die Möglichkeit dahin, irgendwie Ernsthaftes für den Frieden zu tun.

Und das gilt wie für die Trabanten, so für das Zentralgestirn selbst. Auch Scheidemanns Friedensarbeit, von der er soviel Aufhebens macht, ist verurteilt, als solche unfruchtbar zu bleiben, weil ihm draußen nicht mehr das Vertrauen geschenkt wird, das seine Verkündigungen genießen müßten, um dort eine nennenswerte Wirkung zu erzielen und die Wirkung seiner Reden daheim nicht auf Erziehung der Geister für den Frieden, sondern auf solche gegen den Frieden hinauslaufen muß.

Das Schema der Reden, die Scheidemann unter der Firma Friedenspolitik hält, liefert einer der Sätze, die er in dem Vorwärtsartikel mir an den Kopf schlenkerte. Dort sagt er: „Mein Verbrechen — in Bernsteins Augen — besteht darin, daß ich eine Wahrheit offen ausspreche, vor der die A. G. krampfhaft die Augen schließt: die Wahrheit nämlich, daß die deutsche Regierung jeden Tag bereit ist, Friedensverhandlungen zu beginnen, und daß die andern Regierungen nicht dazu bereit sind.“ Nun ist es erstens nicht wahr, daß ich einen so albernen Vorwurf gegen Scheidemann erhoben habe und zweitens unwahr, daß die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft — für die Scheidemann die labballistischen Buchstaben A. G. steht — vor der Tatsache, die Scheidemann auf die obige Formel reduziert, irgendwie, krankhaft oder traumhaft, die Augen verschließt. Um nur ein Beispiel zu nennen, so hat auf der Parteikonferenz der Genosse Hugo Haase in seinem Referat sich sehr eingehend mit ihr befaßt, wie man in dem vom Parteivorstand herausgegebenen Protokoll der Konferenz auf S. 77 ff. nachlesen kann. Aber — und das ist das Unangenehme für Scheidemann — wir lassen uns nicht durch seine Formel über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen.

Nicht das ist die Frage, ob der Reichskanzler den Frieden will oder nicht, sondern die Frage ist, welchen Frieden er haben will, und ob dieser Friede nach allem, was geschehen ist, den Völkern auf der Gegenseite annehmbar sein kann. Hierüber Klarheit zu schaffen, ist eine der ersten Vorbedingungen für eine erprießliche Friedensarbeit und es waren gerade Mitglieder der Minderheit, die in der damals noch vereinten Fraktion seinerzeit den Antrag stellten, dem Kanzler die Frage in solcher Form zu stellen, die

keiner Zweideutigkeit Raum ließ. Er fiel zu Boden und warum? Weil Scheidemann und seine Freunde ihn bekämpften und die Wahl einer verwageneren Formel durchsetzten, die naturgemäß dann auch keinerlei Klarheit schuf. So ist es vor etwa einem Jahr gegangen, so geht es der Sache nach heute noch und darum rücken wir in der Friedensfrage nicht von der Stelle oder gehen sogar nach rückwärts. Tatsächlich ist die Stimmung heute, während die Sehnsucht nach dem Frieden zunimmt, dem Frieden ungünstiger als seit langem.

Es fällt mir nicht ein, die Schuld daran ausschließlich Deutschland zuzuschreiben oder, soweit die sozialistischen Parteien in Betracht kommen, die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie für die einzig Schuldige zu erklären. Es genügt die Erkenntnis, daß sie überhaupt einen Teil der Schuld auf dem Gewissen hat.

Die Schuld der deutschen Sozialdemokratie aber besteht darin, daß sie in dieser Katastrophe Europas durch Untreue an ihren besten Ueberlieferungen es dahin gebracht hat, daß all ihr Tun in den Fragen der großen Politik mit dem Fluch der inneren Unwahrheit behaftet ist. Gerade an Scheidemann kann man dies beobachten. Da er mehr als andere an den Schlagworten der Partei aus ihrer besseren Zeit festhält, gibt sich bei ihm der Widerspruch zwischen Wort und Wirklichkeit am krassen Fund.

Was ist der Scheineffekt der Versammlungen, die er allerorts in Deutschland jetzt abhält? Propaganda der Friedensidee. Was ist ihr wirklicher Effekt? Festigung der Position der Kriegspartei. Des Brimboriums entkleidet, womit er seine Reden ausstattet, laufen sie darauf hinaus, daß er seinen Hörern erzählt, Deutschland wolle den Frieden und biete akzeptable Friedensbedingungen, aber Deutschlands Gegner weisen den Frieden zurück und sinnieren auf Eroberungen und Niederdrückung Deutschlands, die deutsche Sozialdemokratie biete den Sozialisten der gegnerischen Länder die Bruderhand zu gemeinsamer Friedensarbeit, diese aber weisen sie mit Hohn zurück und unterstützen die Kriegspolitik ihrer Regierungen. Der einfache Mann, der das hört und glaubt, kann danach zu keinem anderen Schluß gelangen, als daß unter solchen Umständen die deutsche Regierung darauf Anspruch hat, daß man ihr alle Mittel zur kräftigen Weiterführung des Krieges bewilligt. Stimmungsmache für den Krieg und die Bewilligung der Kriegskredite, das ist der notwendige Ausgang von dem, was Scheidemann als seine „Methode für den Frieden zu arbeiten“ nennt. Ich nenne sie deshalb Similit-Friedensarbeit. Denn wie der Similit-Brillant mit den echten Diamanten nur das Glitzern gemein hat, aber seiner im Bedarfsfall fesseldurchbohrenden Härte und seines tiefen Feuers entbehrt, so hat diese Friedensarbeit von wahrer Friedensarbeit nur das Glitzern, aber nicht das Feuer und die in die Herzen eindringende Kraft.

Wahre Friedensarbeit — dies zur Antwort auf Scheidemanns Frage an mich, was ich denn für die richtige Methode halte — wahre Friedensarbeit begnügt sich nicht damit, festzustellen, die Gegner wollen nicht, sondern sie erforscht und entwickelt die Gründe, weshalb die Gegner, Antimperialisten so gut wie Imperialisten, nicht wollen, sie legt dem eigenen Volke klar, weshalb die Völker dem deutschen Frieden nicht trauen und was nötig ist, um ihr Vertrauen zu gewinnen. Wahre Friedensarbeit stellt ein eigenes, klar umschriebenes Friedensprogramm auf, das für jedes Volk sehr volles Recht verlangt, und tritt für dieses Programm mit unbegrenzter Kraft ein, statt mit Friedensanerbietungen zu jonglieren, die nicht die eigenen sind und für die man auch nicht die geringste Garantie übernehmen kann.

Das grundlegende Problem des europäischen Friedens ist namentlich, soweit die großen Demokratien der Nationen in Betracht kommen, in erster Linie die Frage der Wiederherstellung des Vertrauens der Völker zueinander. Auf diesem Gebiet liegt aber gerade das Arbeitsfeld der

Sozialdemokratie, hier ist das Reich ihrer großen geschichtlichen Mission. Die Erfüllung dieser Mission jedoch hängt davon ab, daß die Sozialdemokratie nicht den geringsten Zweifel aufkommen und fortbestehen läßt an ihrer Gesinnungstreue in bezug auf die Grundzüge und Forderungen der Internationalität, das heißt an ihrer vollen Unabhängigkeit von allen Vorurteilen und Bestrebungen, die mit ihr in Widerspruch stehen, und von allen Mächten, die ihr feindlich sind.

Der „Vaterländische Hilfsdienst“ und die christlichen Frauenvereine.

Die nachstehenden Vereine: „Verband der Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission der evangelischen Kirche, Frauenschule der Inneren Mission, Frauen-Ausschuß des deutschen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen, Verband der kirchlich-sozialen Frauengruppen, Berliner kirchlich-soziale Frauengruppe, Berliner Frauenbund, Katholischer Frauenbund Deutschlands“ hatten gemeinsam eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, das Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ dahin zu erweitern, daß das Kriegsamt ermächtigt werde, zu bestimmen, „inwieweit dieses Gesetz auf Frauen und Mädchen Anwendung findet“. Zur Begründung wird angeführt, daß immer noch Hunderttausende von Frauen untätig herumlaufen oder ihre Kraft nicht genügend nutzbringend verwenden. Darunter verstehen die christlichen Frauenvereine außer den ganz unbeschäftigten alle diejenigen Frauen und Mädchen, welche in der Spielwarenindustrie, Luxuswarenherstellung und Vertrieb, Kinoindustrie, niederen Theater- und Musikaufführungen, Konditoreien, oder als Empfangsdamen, Gesellschafterinnen und Kinderfräulein tätig sind. Ja, auch die Dienstmoten im Haushalt, Fensterräucherinnen, Plätterinnen, Schneiderinnen und Friseurinnen sollen als überflüssig abgeschafft werden, soweit sie für den Bedarf von Frauen arbeiten. Andere, die nicht voll beschäftigt sind, wie Zeitungs- und Aufwartefrauen, könnten sehr wohl noch stundenweise im vaterländischen Hilfsdienst Verwendung finden.

Sehr schade nur, daß die Eingabe nicht verrät, wer für die Millionen von Frauen, die heute schon erwerbstätig sind und deren Zahl ständig zunimmt, eigentlich waschen, plätten, nähen und reinemachen soll? Oder glauben die unterzeichneten Vereine im Interesse der Arbeiterinnen zu handeln, die sie vertreten, wenn der erwerbstätigen Frau und Mutter zugemutet wird, nach zehnstündiger, anstrengender Fabrikarbeit auch noch die ganze Last der Fürsorge für Haushalt und Kinder zu tragen. Das geht über menschliche Leistungsfähigkeit hinaus und bedeutet außerdem noch die geistige Lahmlegung jeder Frau und Mutter.

Die im Eifer für die Beteiligung der Frauen am Zwangsdiensgesetz weit über das Ziel hinauschießenden Frauen ist nebenbei noch ein Irrtum unterlaufen. Es heißt in der Eingabe, daß die Gruppe der Dienstmoten im Haushalt „in dem viel kleineren England 150 000 Personen abgegeben“ habe. Im Reichsarbeitsblatt Nr. 11 vom 22. November 1916 ist ein Bericht veröffentlicht über die Frauennarbeit

in Großbritannien während des Krieges. Danach waren im Juli 1914 32 Millionen Frauen beschäftigt, die bis Juli 1916 um 866 000 zugenommen hatten, das ist 27. v. H. Nicht inbegriffen sind die häuslichen Dienstmoten, und die in kleinen Läden und Werkstätten des Bekleidungsgebietes tätigen Frauen und Mädchen. Nach Schätzung des Handelsamtes haben diese um ungefähr 150 000 abgenommen. Daraus folgern die Verfasser der obengenannten Eingabe irrtümlich, daß dies 150 000 Dienstmoten sind. Auch im Deutschen Reich hat sich die Zahl der Dienstmoten stark vermindert. Am 1. Januar 1916 waren nach dem Bericht von 2110 Orts- und Landkrankenkassen 717 704 häusliche Dienstmoten beschäftigt, am 1. November 1916 bei 2032 Orts- und Landkrankenkassen 627 704. Das ist eine Verminderung um 90 000 Dienstmoten in 10 Monaten. Eine Zahl, die der gleichen Gruppe in England vermutlich entspricht. Daraus ergibt sich, daß diejenigen Hausfrauen, welche heute noch, nach 2 1/2 Jahren Krieg, Dienstmoten beschäftigen, entweder selbst berufstätig sind oder aber weder fähig noch willens, ihren Haushalt und ihre Kinder selbst zu besorgen. Ein Bedürfnis, die Frauen in das Hilfsdienstgesetz einzubeziehen, liegt nicht vor. Nach der Arbeitsnachweisstatistik übersteigt das Angebot an weiblicher Arbeitskraft noch immer die Nachfrage um ein Drittel. Dieser Tatsache entsprach auch die Haltung des Reichstags. Die Petition der frommen Verbände wurde mit zehn ähnlichen von Frauenvereinen eingebrachten unter Zustimmung aller Parteien dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Es bedarf wahrlich nicht erst eines Gesetzes, die Frauen zur Arbeit zu zwingen, das besorgt die Not der Zeit.

Sünden?

In den Organisationen der freien Gastwirte wird zurzeit eine Entrüstungskomödie gegen die alte „Vorwärts“-Redaktion aufgeführt. Es wird der Vorwurf erhoben, die frühere Redaktion des „Vorwärts“ hätte die Gastwirte fortgesetzt angerempelt. Zu einem im „Freien Gastwirt“ veröffentlichten Versammlungsbericht der Groß-Berliner Verwaltungsstellen ist darüber zu lesen:

„Kollege Matthes wies auf die fortgesetzten Anrempelungen der Gastwirte durch die Parteipresse, insbesondere des „Vorwärts“, hin. Der Genosse Eugen Ernst, unser früherer Kollege, war für den „Vorwärts“-Verlag erschienen, um die Beschwerden entgegenzunehmen. Kollege Litfin erklärte, daß die Gastwirte in der gesamten Tagespresse keine Stütze fänden, sondern in den Redaktionsstuben eine geradezu unverständliche Unkenntnis der gastwirtschaftlichen Verhältnisse und Voreingenommenheit herrsche. Die Redakteure der Parteipresse seien in vielen Fällen Abneigenden, und da könne man die Ausfälle gegen alles, was mit dem Alkoholgewerbe zusammenhänge, verstehen. Aber die überwiegende Mehrzahl der Leser der Parteipresse huldigten keineswegs den Anschauungen dieser Fanatiker, deshalb sollten sie sich die höhnischen Anzapfungen ernstlich verbitten. Gegen eine sachliche Kritik würde niemand etwas einwenden. Besonders richteten sich die Ausfälle gegen die Gastwirte. „Die ins Elend gestoßenen Gastwirte oder Schnapsladenbesitzer sollten sich durch die Spirituszentrale unterstützen lassen“, wie es in einem Artikel des „Vorwärts“ geheißen habe, sei

ein Faustschlag in das Gesicht der Gastwirte gewesen. Wenn also die Kollegen zu Abwehrmaßnahmen ergriffen, so nur deshalb, weil sie sich dadurch beleidigt gefühlt hätten. Allerdings sei dies seit Jahren von der alten Redaktion geschehen. Jetzt sei zwar eine neue an ihre Stelle getreten, aber trotzdem müßten wir verlangen, daß diese nicht in die Fußstapfen ihrer Vorgänger trete. In den Parteizwist sich einzumischen, hätten wir keine Veranlassung. Es müßte vielmehr alles aufgegeben werden, daß er nicht auch in unsere Reihen übergriffe.

Eugen Ernst gab eine Darstellung der Verhältnisse und sprach den Wunsch aus, der neuen Redaktion das nicht entgelten zu lassen, was die alte gekündigt habe. Was an ihm liege, solle geschehen, um darauf hinzuwirken, daß diese Anrempelungen unterbleiben. Er hat die Gastwirte, den „Vorwärts“ im Interesse der Arbeiterbewegung weiter zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß er nicht durch bürgerliche Tagesblätter ersetzt werde. Wer ohne Schädigung seines Geschäfts neue Abonnenten werben könne, sollte es tun, im Interesse der Sache, der er seit Jahren seine Kräfte widme. Kollege Obiglo, Fischer (Charlottenburg), Rott, Fahrow, Matthes, Wiehle, Feuerstein (Adlershof), Ritter (Lichtenberg) u. a. übten scharfe Kritik an der gegen die Gastwirte beliebten Schreibweise des „Vorwärts“, besonders die längeren Ausführungen des Kollegen Obiglo gipfelten in dem von uns oben angegebenen Sinne. Die „Leipziger Volkszeitung“, welche jetzt in Berlin zu verbreiten versucht werde, habe ganz wie der „Vorwärts“ seit Jahren unsere Kollegen verunglimpft. Allseitig wurde darauf hingewiesen, daß es jetzt kaum möglich sein werde, den Wunsch des Genossen Ernst zu erfüllen, denn dadurch würde der Kollege, der es tue, nur Gäste verlieren. Kollege Fischer-Charlottenburg erklärte, auf die dortigen Mitglieder einwirken zu wollen, daß sie den „Vorwärts“ wieder bestellen. Damit galt die Sache als erledigt.

Die vorstehende Darstellung stellt die Sachlage vollständig auf den Kopf. Es ist kein Zweifel, daß die Gastwirte unter den Kriegsfolgen außerordentlich leiden. Starke Abgaben, verminderter Umsatz, verringerte Polizeistunde und andere Schwierigkeiten haben schon viele kleine Gastwirte veranlaßt, ihre Existenz aufzugeben unter Verlust ihrer Vermittel, die sie besessen haben. Was sich manche in jahrelangem Mühen erworben hatten, ist zugrunde gegangen. Vollkommen irrig ist es aber, die Redakteure der Parteipresse dafür verantwortlich zu machen. Bald nach Ausbruch des Krieges mußte auch unsere Parteivertretung zu den wirtschaftlichen Fragen Stellung nehmen. Am 13. August 1914 richtete der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften an den Reichskanzler eine Eingabe, in der Maßregeln zur Regelung der Produktion und Vorschriften über die Verwendung von Produkten gefordert wurden. Ueber diese Eingabe hat in der Partei unseres Wissens nie eine Meinungsdivergenz geherrscht, immer wurde in der Parteipresse auf die Bedeutung dieser Eingabe für die Massenernährung hingewiesen. Wären die damals gemachten Vorschläge beherzigt worden, es stände besser um die Volksernährung. Unter den Vorschlägen, die Parteivorstand und Generalkommission machten, besaßen sich auch die folgenden:

„Ausschluß von Kartoffeln und Getreide von der Branntweinproduktion. Regelung der Einschränkung der Produktion von Bier, Zucker, Stärke.“

In der Parteipresse, auch im „Vorwärts“, sind diese Forderungen wiederholt vertreten worden. Natürlich übt eine Einschränkung des Bierkonsums und ein Verbot der Branntweinproduktion einen starken Einfluß auf die Gewerbetreibenden aus, die ihre Existenz auf dem Verkauf dieser Produkte aufgebaut haben; die Forderung mußte aber im Interesse der gesamten Volksernährung erhoben werden, die allen anderen Interessen vorangehen mußte. Wenn das „Sünden“ der Vorwärtsredaktion sind, so muß die Redaktion dieses Sündenregister tragen. Aber auch der neue „Vorwärts“ wird diese Sünden begehen müssen, will er sich nicht mit dem vom Vorstand selber aufgestellten Wirtschaftsprogramm in Widerspruch setzen. Ein Versprechen, daß das anders wird, dürfte auch Genosse Ernst kaum halten können. Bleibt noch übrig die Form, in der die Frage behandelt wird. Und da scheint die vom Genossen Titin bemängelte Ausdrucksform einer Notiz besonders böses Blut unter den Gastwirten gemacht zu haben. Hierzu wollen wir feststellen: Die bemängelte Notiz hat in der Vorwärtsnummer vom 29. Oktober gestanden. Diese Nummer ist unter dem Parteivorstands-Chefredakteur Müller erschienen, der für den Inhalt der Zeitung die Verantwortung sich angemacht hat.

Mehr noch! Mit der so sehr angefochtenen Notiz hat die bisherige Vorwärtsredaktion nicht das mindeste zu tun. Sie hat dieselbe im „Vorwärts“ nicht früher gelesen, als die anderen Vorwärtsleser. Die Notiz ist durch den Parteivorstandschef Müller selber ins Blatt gegeben worden, nachdem sie ihm von abstinenzlerischer Seite übermittelt worden war. Die Verantwortung für die Form der Notiz trifft ausschließlich die neue Vorwärtsredaktion.

Und angesichts dieser Tatsachen stellt sich Genosse Ernst hin, spricht von Sünden der alten Redaktion und verspricht, auf die neue Redaktion einzuwirken, damit solche „Anrempelungen“ vermieden werden. Was wird ihm Müller antworten, der doch weiß, daß er einzig und allein die „Sünden“ auf dem Gewissen hat, sie aber ruhig auf die alte Redaktion abwälzen läßt?

Man sieht an diesem Beispiele wieder einmal, mit welchen unehrlichen Mitteln gekämpft wird. Das schlechteste ist recht.

Wer entstellt?

Der Vorstandsvorwärts hat das sehr begriffliche Bedürfnis verspürt, sein statutenwidriges und allen Begriffen von Parteilehre ins Gesicht schlagendes Dasein vor den Berliner Arbeitern zu rechtfertigen. Vor einigen Tagen wurde dem Vorstandsblatte eine kleine Flugschrift, betitelt „Zum Vorwärts-Boykott“ beigelegt, nachdem schon einige Tage zuvor die J. K. als dienstfertige Helferin beim Vorwärtsraub die Schrift in etwas schärferer Form an bürgerliche Blätter und die Parteipresse versandt hatte. In besagter Flugschrift wird Berliner Parteigenossen vorgeworfen, daß sie „seit Wochen in geradezu selbstmörderischer Weise gegen ihr eigenes Blatt unter völliger Entstellung der Tatsachen“ agitieren.

Der Verlag des „Vorwärts“, der die Flugschrift herausgibt und für den merkwürdigerweise in diesem Falle nicht Richard Fischer, sondern Th. Locke, zeichnet, der sonst nur die Verantwortung für den Inzeratenteil des „Vorwärts“ trägt, weiß natürlich recht gut, daß es sich bei der Notwehraktion gegen den

Vorstands-Vorwärts nicht um einige tobjüchtig gewordene Berliner Parteigenossen handelt. Er hat aber alles Interesse daran, der Welt zu verschweigen, daß die rechtmäßigen Organisationen der Groß-Berliner Parteioorganisationen und deren Vertretungen wie Preßkommission, Zentralvorstand und sogar Verbandsgeneralversammlung schweren Herzens und nach reiflicher Ueberlegung zu Abwehrmaßnahmen gegen das undemokratische und selbstherrliche Vorgehen des Parteivorstandes und Richard Fischers usw. greifen mußten.

Es ist das alte, während der ganzen Kriegsjahre nur zu oft und bei vielen Gelegenheiten zu beobachtende Spiel: jede Kritik an dem Verhalten des Parteivorstandes, der Fraktionsmehrheit, der Gewerkschaftsführer usw. wird in Bausch und Bogen als „Parteizerrüttung“, als „Parteizerrüttung“ usw. erklärt, und alle formalen und bürokratischen Gewaltmittel, über die der Parteivorstand, ledig aller demokratischen Kontrolle durch die Gesamtpartei, in dieser Kriegszeit mit diktatorischer Gewalt verfügt, gegen die unbequemen Menschen, die die Freiheit besitzen, eine andere Meinung zu vertreten, als die dem Parteivorstande usw. genehme, zur Anwendung gebracht. Wehren sich die also Gemahregelten gegen Druck und Entrechtung, so geht das Zetergeschrei über die böse und respektlose Opposition erst recht los.

Diese Methode kommt in der Flugchrift des „Verlages“ über den Vorwärts-Boykott in vollem Maße zur Anwendung. Wir sehen uns daher genötigt, die Geschichte des Vorwärts-Raubes noch einmal aufzurollen. Unsere Parteigenossen sollen dadurch in die Lage gesetzt werden, in den Betrieben, Werkstätten usw. den Arbeitern, die die „Aufklärungs“-Flugchrift des Vorwärts-Verlages in die Hand bekommen haben, die Wahrheit über den Vorwärts-Raub und die Berechtigung der Abwehrmaßnahmen klar zu machen. Den weniger unterrichteten Arbeitern muß auch diesem ernennten Täuschungsversuche des Parteivorstandes (denn er ist es ja, der unter dem Anhängelschild des „Verlages“ die weniger mit den Vorgängen vertrauten Arbeiter für sich fördern will) mit doppelter Energie das wahre Gesicht der Kriegs- und Friedenspolitik des Parteivorstandes, die im Vorwärts-Raub ihre Krönung gefunden hat, gezeigt werden. Diese im Interesse der Berliner Parteibewegung liegende Aufklärungsarbeit wird um so wirkungsvoller sein, je nachdrücklicher sie vor dem 1. Januar erfolgt, ihr können auch die geselligen Zusammenkünfte an den drei Weihnachtsfontagen dienstbar gemacht werden.

Der gegenwärtige Vorstands-Vorwärts brüstet sich gern mit seiner „Loyalität“, d. h. er behauptet, daß jetzt in ihm alle Meinungen und Richtungen zum Wort kämen. In Wirklichkeit ist von dieser „Loyalität“ nicht viel zu spüren gewesen; der Vorstands-Vorwärts hat sogar offizielle Kundgebungen der Berliner Parteiförperschaften und der rechtmäßigen, jetzt hinausgedrängten Redaktion entweder überhaupt nicht oder nur in verstümmelter Form gebracht, von anderen Dingen ganz zu schweigen. Wir wollen nicht in denselben Fehler verfallen. Wir haben keine Ursache, den Berliner Parteigenossen vorzuenthalten, was der Parteivorstand und der „Verlag“ zur Rechtfertigung ihres Gewaltreiches anzuführen haben. Wir tun das, obwohl uns bei der Darlegung unserer Argumente in vielen Punkten die Hände gebunden sind, aus Gründen, auf die wir nicht einmal hinweisen dürfen, die aber jedem unterrichteten Parteigenossen während des Kriegs- und Belagerungszustandes klar geworden sein dürften. Der in allen Haupt- und Grundfragen der Kriegspolitik regierungstrome Vorstands-Vorwärts ist da besser daran als wir.

Hören wir zunächst, was „der Verlag“ über den „Vorwärts-Boykott“ zu sagen hat. In der Flugchrift wird zunächst eingegangen auf die Frage:

Woher kommt der Streit?

Es heißt da:

„Der „Vorwärts“ wurde im Oktober wieder einmal vom Oberkommando verboten. Parteivorstand, Preßkommission, Verlag standen vor der Frage: Wie bekommen wir den „Vorwärts“ wieder frei? Die Berliner Arbeiter müssen zur Wahrung und Vertretung ihrer Interessen eine Tageszeitung haben. Der Parteivorstand wandte sich sofort an die Reichsstaatskanzlei, der Geschäftsführer und Vertreter des Verlags ebenfalls sofort an das Oberkommando um Aufhebung des Verbotes. Genau so wie in früheren Fällen eines Verbotes.“

Was verlangte das Oberkommando?

Es erklärte: Durch den jetzigen groben Verstoß gegen die Zensurvorschriften habe es das Vertrauen in die jetzige Redaktion verloren; eine Aufhebung des Verbotes sei erst möglich, wenn durch Änderung in der Redaktion Garantien für die Zukunft gegeben seien; diese Garantien müßten aber durch andere Herren gegeben werden.

Daraufhin trat, wie auch früher, der Parteivorstand mit der Preßkommission und Zentralvorstand sofort in Verbindung, um über diese Forderung des Oberkommandos mit diesen Körperschaften zu verhandeln.

Der Berliner Zentralvorstand lehnte es ab, auf dem Boden dieser Forderung zu verhandeln. Lieber wollte er den „Vorwärts“ eingehen lassen. Er glaubte eine Aufhebung des Verbots erzielen zu können, wenn er den Redakteur Dämmig künftig ausschließlich für die Ueberwachung der Zensurvorschriften haftbar in Vorschlag brachte.

Dämmig aber war gerade der Redakteur, unter dessen Zensurkontrolle im „Vorwärts“ auch jener Artikel stand, der das Einschreiten des Oberkommandos veranlaßte.

Der Geschäftsführer des „Vorwärts“, Genosse A. Fischer, der die Verhandlung mit dem Oberkommando geführt hatte, also genau wußte, daß das Oberkommando gerade die Zensur durch Dämmig als ungenügend erklärt hatte, lehnte die Vertretung dieses Vorschlags ab, einmal, weil er nach seiner Unterredung mit dem Oberkommando von der glatten Ablehnung dieses Vorschlags überzeugt war, dann aber auch, weil er ohne Kenntnis und Genehmigung des Parteivorstandes gar nicht berechtigt war, einen solchen Vorschlag zu machen.

Darauf gingen A. und P. Hoffmann mit Dämmig selber zum Oberkommando und erhielten von dem Herrn Oberstleutnant v. Berge nur den Bescheid, sie sollten den Vorschlag einreichen, er werde ihn zur Uebermittlung an Herrn v. Kessel entgegennehmen. Daraus wurde zur Täuschung der Parteigenossen die Schlussfolgerung gezogen, das Oberkommando hätte diesen Vorschlag als genügend angenommen, wenn ihn der Geschäftsführer unterschrieben hätte.

Das ist eine grobe Unwahrheit*), denn das Oberkommando hat selber in einem Briefe an die Redaktion vom 19. Oktober diesen Vorschlag als nicht ausreichend bezeichnet, und als Fischer selber am 16. Oktober auf dem Oberkommando diesen Vorschlag vorbrachte, wurde er als ungenügend abgewiesen.

Bei den Verhandlungen mit dem Parteivorstand lehnte die Preßkommission zunächst einstimmig ab, mit dem Oberkommando auf Grundlage der von ihm gestellten Bedingungen, die „Änderungen in der Redaktion“ verlangten, in Verhandlungen zu treten. Sie änderte dann diesen Beschluß unter folgenden Bedingungen, die keiner Verhandlung mit dem Oberkommando unterlagen: es sollten keine Entlassungen

*) In der durch die F. A. veränderten Flugchrift heißt es: „Das ist eine faulstidige Lüge“.

von Redakteuren erfolgen, die Haltung des „Vorwärts“ solle dieselbe bleiben und „die Redaktion müsse mit der Aenderung einverstanden sein“.

Da nach dem Parteistatut nicht die Redaktion, sondern die Aufsichtsinstanzen über das Blatt zu entscheiden haben, war die letzte Forderung hinsichtlichig. Zu den anderen schrieb der Parteivorstand: „daß nach der Meinung, die der Parteivorstand stets vertreten hat, im „Vorwärts“, als dem Zentralorgan der Partei, auch die Auffassung der Parteimehrheit zur Geltung kommen muß und nicht nur die der Minderheit“. Entlassungen der Redakteure aber waren weder vom Oberkommando noch vom Parteivorstand verlangt worden.

Die Pressekommision war also mit Verhandlungen, die eine Aenderung in der Redaktion bezweckten, einverstanden.

Der Parteivorstand schlug darauf vor: „Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion ein und erhält die Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden.“

Das wurde von der Pressekommision abgelehnt und vorgeschlagen, daß das Mitglied des Parteivorstandes nur die Beobachtung der Zensurvorschriften zu überwachen und zu erzwingen habe.

Es ist für jeden Einsichtigen klar: Wer den Inhalt des Blattes nicht bestimmen kann, kann auch die Garantie für die Zensurvorschriften nicht übernehmen.

Darüber war man sich bei dem früheren Verbot auch völlig einig, und darum erhielt der damalige „Garantiemann“ Däumig nach dem Vorschlage der Redaktion selbst „diktatorische Gewalt“ und „die Befugnis, selbständig über Inhalt und Form der aufzunehmenden Artikel zu entscheiden“.

Diesmal war man sich zwar darin einig, daß der Parteivorstand den „Garantiemann“ stelle. Aber im Gegensatz zu 1914 erklärte der Berliner Zentralvorstand, auf den Inhalt des „Vorwärts“ dürfe dieser keinen Einfluß haben.

Was für den „Garantiemann“ Däumig als eine unbedingte Notwendigkeit anerkannt war, wenn er die Beachtung der Zensurvorschriften sollte erzwingen können, wurde dem „Garantiemann“ Müller verweigert.

Ohne diese Vollmachten aber war weder Müller noch der Parteivorstand imstande, die Verantwortung für das Blatt zu tragen.

Eine Einigung kam nicht zustande. Die Pressekommision beharrte bei der Verweigerung dieser notwendigen Vollmachten.

Somit konnten die Forderungen des Oberkommandos nicht erfüllt werden. Das Oberkommando hatte ausdrücklich verlangt, dieses Mitglied des Parteivorstandes müsse mit Vollmachten ausgestattet sein, welche dem Oberkommando die notwendigen Garantien bieten. Und nun sollte Müller über den Inhalt des „Vorwärts“ gar nichts zu entscheiden haben!

Ohne diese verlangten Vollmachten war aber eine Aufhebung des Verbotes nicht zu erreichen! In dieser Zwangslage mußte der Parteivorstand also selbständig entscheiden.

Er konnte den Untergang des Blattes, ja des ganzen „Vorwärts“-Unternehmens, an dem Hunderte von Familien mit ihrer Existenz hängen, vor der Partei nicht verantworten. Er konnte auch die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie ihr Zentralorgan verlieren und die Berliner Arbeiter ohne ein Organ zur Vertretung ihrer Interessen sein sollten. Deshalb erfolgte das Angebot an das Oberkommando: „Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion ein und entscheidet über den Inhalt des „Vorwärts“, worauf das Verbot aufgehoben wurde.“

Das ist die aktenmäßige Darstellung.“

Diese Berufung auf die „aktenmäßige Darstellung“ ist überaus bezeichnend für die bureaukratische Verknöcherung des Parteivorstandes. Wie eine beliebige Polizeibehörde oder eine Staatsanwaltschaft erklärt er, nur das, was in meinen Akten steht, existiert für mich, alles andere hat kein Lebens- und Beweisrecht. Nur schade, daß die Vorstandsakten das Schicksal aller Bureaukratenakten teilen: sie geben von den tatsächlichen Vorgängen ein ganz schiefes und verstaubtes Bild und pressen die Ereignisse in ein dem Horizonte des Aktensehers entsprechendes Schema, zumal wenn das Objekt der „aktenmäßigen Darstellung“ von vornherein ins Unrecht gesetzt werden soll.

Sehen wir uns diese „aktenmäßige Darstellung“ einmal etwas näher an. Da macht sich gleich der erste Satz der Vorstandsdarstellung recht nett: Im Oktober wurde der „Vorwärts“ „wieder einmal“ vom Oberkommando verboten. Darin soll natürlich der Vorwurf der Leichtfertigkeit und der Böswilligkeit gegen die alte, rechtmäßige Redaktion enthalten sein. „Seht, Berliner Arbeiter, so gewissenlos hat die Redaktion des „Vorwärts“ gewaltet, daß Euer Blatt so und so oft verboten werden mußte, während mir, dem Parteivorstande, die Erhaltung des „Vorwärts“ so sehr am Herzen liegt.“ Das ist der tiefere Sinn, der aus diesem „wieder einmal“ herausklingt.

Aber wie liegen denn die Dinge? In der Zeit vom Oktober 1914 bis Oktober 1916 ist der „Vorwärts“ unter der zensurrellen Verantwortung des Redakteurs Däumig, von Zensurrügen, die allen Blättern zuteil wurden, abgesehen, einmal verboten und einmal unter Präventivzensur gestellt worden. In beiden Fällen durch die Schuld des Parteivorstandes. Das eine Mal handelte es sich um eine offizielle Friedenskundgebung des Parteivorstandes, das andere Mal um eine solche Kundgebung, die Parteivorstand und Generalkommision der Gewerkschaften in der Feuerungsfrage erlassen hatten. In beiden Fällen war die Vorwärtsredaktion auf Grund des Organisationsstatutes verpflichtet, die Kundgebungen des Parteivorstandes aufzunehmen. Hätte sie es nicht getan, so hätte der Parteivorstand schon damals ein erwünschtes Mittel in der Hand gehabt, der wegen ihrer selbständigen, der Kriegspolitik des Parteivorstandes widersprechenden Meinung verhassten Vorwärtsredaktion einen Strich zu drehen. Dann hätte eben das Parteistatut herhalten müssen, das man im Oktober 1916 nicht brauchte, da hier das Eingreifen der Zensurbehörde den Erdrosselungsabsichten des Parteivorstandes Tür und Tor öffnete. Im Juli wie im November 1915 hat denn auch der Parteivorstand nichts oder so gut wie nichts getan, die Maßnahmen der Zensurbehörde rückgängig zu machen. Da er selbst die Ursache dieser Maßnahmen war, konnte er damals nicht schon die Hand auf den „Vorwärts“ legen, wie er es im Oktober 1916 tat. Diese Tatsachen „aktenmäßig“ festzulegen, hütet sich der Parteivorstand. Seine Behauptung, daß er den Berliner Arbeitern unter allen Umständen ihr Blatt erhalten müsse, rückt aber damit in die richtige Beleuchtung.

Auf die Ursachen, die dann im Oktober 1916 zum vierten Verbot geführt haben, dürfen wir an dieser Stelle nicht eingehen. Das Verbot hängt mit dem leidenschaftlichen Kampfe zusammen, den seinerzeit die sogenannte Kanzlerfronte führte, also um eine politische Frage, zu der die Vorwärtsredaktion von einem unanfechtbar sozialdemokratischen Standpunkte aus Stellung genommen hatte. In all den Auseinandersetzungen und Verhandlungen, die dem Verbote folgten, hat der Parteivorstand, also die verantwortliche Leitung einer großen politischen Bewegung, auch nicht mit einer Silbe die politische Seite des Verbotes der Zensurbehörde gegenüber erwähnt. Es ist ihm nicht einen Augenblick eingefallen, die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokratie in Fragen der Pressefreiheit und dieses Spezialfalls zur Geltung zu bringen. Die Redaktion des Vorwärts hat das in einem Schreiben an das Oberkommando getan, der

Partei Vorstand hat sie aber bei dieser Erfüllung einer politischen und journalistischen Gewissenspflicht nicht nur nicht unterstützt, er ist ihr sogar direkt in den Rücken gefallen. Denn er hat die Verhandlungen nach echter Bureaukratismenmanier mit der Zensurbehörde geführt, wie eine untergeordnete Dienststelle, die die Anweisungen der vorgesetzten Behörde widerspruchslos hinnimmt und ihren Dienstleister noch dadurch dokumentiert, daß sie über diese Anweisungen noch hinausgeht. Und das sind dieselben Leute, die im Reichstage gegen Zensur und Belagerungszustand donnern! Die Arbeiter Berlins haben daher alle Ursache, nicht bloß die Worte dieser Parteivertreter zu hören, sondern sich ihre Taten recht genau anzusehen.

Wie haben sich die Vorgänge, die zur Aufhebung des vierten Verbotes und zur Umwandlung des alten „Vorwärts“ in ein offizielles Vorstandsorgan geführt haben, in Wirklichkeit abgepielt?

Am Sonntag, den 8. Oktober, wurde der „Vorwärts“ zum vierten Male verboten. Ein Vertreter des Parteivorstandes wandte sich wegen des Verbotes an die Reichskanzlei, ein Schritt, der von vornherein zur Aussichtslosigkeit verdammt war und angeführt der Machtvollkommenheiten, mit denen die militärischen Zensurbehörden ausgestattet sind. Die einige Tage später stattfindenden Reichstagsverhandlungen, in denen das Vorwärtsverbot eine Rolle spielte, haben dann auch gezeigt, daß die Wortführer der Reichsregierung, in erster Linie Herr Helfferich, trotz der guten Beziehungen Scheidemanns zur Reichskanzlei dem alten geknechteten „Vorwärts“ noch einen Fußtritt verfehlte.

Am Dienstag, den 10. Oktober, fand eine Sitzung der Preßkommission statt, in der der Geschäftsführer des „Vorwärts“, Richard Fischer, mitteilte, daß er selbst mit dem Oberkommando in den Marken in Verhandlung getreten sei, um ein Wiedererscheinen des „Vorwärts“ in die Wege zu leiten.

Aus dieser Mitteilung ging hervor, daß das Oberkommando in die gegenwärtige Redaktion des „Vorwärts“ in bezug auf Einhaltung der Zensurvorschriften kein Vertrauen mehr habe und stärkere Garantien verlange. Die Preßkommission und alle Beteiligten faßten die Forderung des Oberkommandos, wie sie der Geschäftsführer Fischer vortrug, dahin auf, daß die jetzt im „Vorwärts“ tätigen Redakteure entlassen werden sollen, da zunächst eine andere Erläuterung des Begriffs: „Veränderung im Personal der Redaktion“ nicht gegeben worden war. Die Preßkommission erklärte nach längerer Aussprache, daß auf solche Bedingungen eine Partei von politischem Ehrgefühl unter keinen Umständen eingehen könne. Es dürfe sich bei der Forderung des Oberkommandos einzig und allein um Garantien handeln, die die Innehaltung der Zensurvorschriften gewährleisten.

Der in dieser Sitzung der Preßkommission anwesende Parteivorstandsvertreter Otto Braun erklärte, daß der Vorstand sich zu den Bedingungen des Oberkommandos noch nicht äußern könne und erst abwarten wolle, was die Berliner Parteinstanzen, Preßkommission und Zentralvorstand, beschließen würden.

Die Preßkommission und der Zentralvorstand beschloßen schließlich, am Mittwochabend die beiden Vorsitzenden der Groß-Berliner Organisation, die Genossen Adolf und Paul Hoffmann, nach dem Oberkommando zu entsenden und mit diesem über eine Aufhebung des Verbotes zu verhandeln. Hieran sollte auch der Redakteur Däumig teilnehmen. Vor ihrem Gang zum Oberkommando erkundigte sich der Genosse Paul Hoffmann bei dem Parteivorstande,

welche Stellungnahme er in dieser Angelegenheit beschlossen habe. Die anwesenden Parteivorstandsmitglieder erklärten, keine Auskunft geben zu können, da der Parteivorstand über diesen Gegenstand noch keine Sitzung gehabt habe.

Donnerstag, den 12. Oktober, abends 6 Uhr, fand die Unterredung der Genossen Hoffmann und Däumig einerseits und der Herren vom Oberkommando andererseits statt. Die Herren vom Oberkommando erklärten, daß es durchaus irrig sei, wenn unter dem Begriff: „Veränderungen der Redaktion“ die Entlassung der Redakteure verstanden würde. Das Oberkommando wollte nur auf Grund früherer Erfahrungen weitergehende Garantien für Einhaltung der Zensurvorschriften haben. Auf die Frage, ob die Garantie vielleicht darin bestehen könnte, daß durch Änderungen in der Ressorterteilung der Redaktion die Arbeitskraft Däumigs einzig und allein zur Ueberwachung der Zensurvorschriften freigestellt würde, erwiderten die Herren des Oberkommandos, daß die Entscheidung darüber dem Herrn Oberkommandierenden selbst überlassen werden müsse. Es sei aber wohl ansgänglich, wenn derartige Vorschläge auf schriftlichem Wege dem Oberkommando übermittelt würden. Die Verhandlungen mit dem Oberkommando könnten aber nur durch den gesetzlichen Vertreter des „Vorwärts“, den Verleger Fischer, geführt werden.

Am gleichen Donnerstagabend trat der Zentralvorstand Groß-Berlins zusammen und nahm zu dieser neuen Sachlage Stellung. Er beschloß, eine Eingabe an das Oberkommando einzureichen, in der Ressortveränderungen vorgesehen würden, durch die Redakteur Däumig ausschließlich für die Ueberwachung der Zensurvorschriften verpflichtet sei. In der langen und sehr erregten Debatte, die sich mit diesem Vorschlage beschäftigte, weigerte sich der Geschäftsführer Fischer, diesen zu vertreten und dem Oberkommando zu unterbreiten. Er berief sich darauf, daß er zwei vorgesetzte Instanzen habe, nämlich Preßkommission und Parteivorstand; letzterer aber habe zu diesem noch nicht Stellung genommen. Angesichts der hartnäckigen Weigerung Fischers beschloß der Zentralvorstand, daß seine Vorsitzenden das Gesuch mit dem entsprechenden Vorschlage selbst an das Oberkommando absenden sollten.

Man war sich zwar darüber klar, daß das Oberkommando formale Bedenken geltend machen werde, da die Unterschrift des Verlegers fehlte. Aus den ganzen Auseinandersetzungen mit Fischer ging deutlich hervor, daß dieser und seine Hintermänner gewillt waren, dem Oberkommando noch weit mehr Garantien zu bieten, als dieses selbst verlangt hatte.

Am Freitag, den 13. Oktober, setzten sich die Beauftragten Groß-Berlins mit dem Parteivorstand in Verbindung, um diesen nun endlich zu einer klaren Stellungnahme in dieser Sache zu bewegen. Aber der Parteivorstand hatte es auch jetzt noch nicht eilig; er erklärte mit der größten Seelenruhe, daß er jetzt erst abwarten wolle, welche Antwort das Oberkommando auf die Eingabe des Berliner Vorstandes erteilen werde. Dabei mußte sich der Vorstand ohne weiteres klar sein, daß die Antwort zunächst in negativem Sinne ausfallen werde, da diese Behörde von ihrem Grundsatze, nur mit dem gesetzlichen Vertreter zu verhandeln, keinen Fingerbreit abweichen werde. Aber all diese Erwägungen konnten den Parteivorstand nicht aus seiner bureaukratischen Gemächlichkeit herausbringen. Er hatte in diesen Tagen ungeheuer viel Zeit, um wenige Tage später, als die Früchte nach seinem Geschmade gereift waren, mit blitzartiger Schnelligkeit zuzugreifen. Inzwischen ging vom Oberkommando nachstehendes Schreiben ein:

Abchrift.
Oberkommando in den Marken.
Sect. Z.

Berlin W 10, den 14. Oktober 1916.
Viktoriastraße 25

Das Oberkommando hat in der Besprechung zwischen dem unterzeichneten Chef des Stabes und dem Verleger, Herrn Fischer, als dem gesetzlichen Vertreter des „Vorwärts“, die Forderung gestellt, daß eine Aenderung in dem Personal der Redaktion des „Vorwärts“ eintrete, welche für die Zukunft die nötigen Garantien böte. Gleichzeitig wurde Herrn Fischer anheimgestellt, mit geeigneten Vorschlägen an Sr. Exzellenz den Herrn Oberbefehlshaber heranzutreten. Dieser Standpunkt wird auch jetzt noch eingenommen.

Inzwischen hat der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend dem Oberkommando mit Schreiben vom 12. dieses Monats Vorschläge über Aenderungen innerhalb der Redaktion eingereicht und dabei auf seine Rücksprache mit dem Verleger Richard Fischer, Bezug genommen. Das Oberkommando kann indessen, abgesehen davon, daß Herr Fischer der gesetzliche Vertreter des „Vorwärts“ ist, den Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend zur Führung von Verhandlungen um so weniger als berufen anerkennen, als der „Vorwärts“ nicht nur als Organ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, sondern auch als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands benannt ist, für welches ein Mitglied des Parteivorstandes auch die seinerzeit eingegangene Verpflichtung mit übernommen hat.

Von Seiten des Oberkommandos.
Der Chef des Stabes: v. Berge.

An den Verlag des „Vorwärts“,
zu Händen des Herrn Richard Fischer, W. d. M.,
Berlin.

Das Oberkommando zeigt sich hier als überaus guter Kenner des Parteistants. Der Parteivorstand seinerseits wartete die günstige Gelegenheit ab, um seinen sorgfältig und von langer Hand geplanten Gewaltstreich auf den „Vorwärts“ durchzuführen. Nur so ist es zu erklären, daß er acht Tage lang trotz wiederholten Ergehens der Preßkommission und der Berliner Parteileitung nicht mit einer Silbe vertrat hat, welche Vorschläge er selbst für richtig und notwendig erachtete. Er hat mit den Berliner Parteigenossen ein Vertickspiel getrieben.

Am Sonnabend, den 14. Oktober, fand dann eine gemeinsame Sitzung der Preßkommission und Zentralvorstand statt, zu der zum ersten Male auch der Parteivorstand erschien. Schon das äußere Auftreten der Parteivorstandsmitglieder zeigte, daß sie in diesem Kreise als feindliche Gewalt erschienen seien. Es fiel dem Parteivorstand nicht ein, sich mit den Vertretern der Berliner Genossen in eine gründliche und sachliche Diskussion einzulassen. Er brachte eine sorgfältig formulierte Frage mit, von deren Beantwortung sein weiteres Verhalten abhängen sollte. Diese, wie er es nannte, „Prinzipienfrage“, bestand darin, ob die Preßkommission bereit sei, auf dem Boden der Bedingungen des Oberkommandos in Verhandlungen einzutreten. Erst nach Beantwortung dieser Frage werde sich der Parteivorstand äußern. Alle Gegenfragen, was man denn eigentlich unter diesen Bedingungen verstehe, und alle Versuche, den Parteivorstand zu einer klaren Stellungnahme zu bewegen, blieben erfolglos. Auf Beschluß des Zentralvorstandes traten Parteivorstand und Preßkommission nochmals zu einer Sonderberatung zusammen, damit der Parteivorstand endlich sein Geheimnis offenbare, was er unter den Bedingungen des Oberkommandos verstehe. Aber auch diese fünfviertelstündige Beratung bleibt ergebnislos. Der Parteivorstand ist keinen fingerbreit von seinen Forderungen abgewichen, er

will seine „Prinzipienfrage“ zunächst beantwortet haben. So droht an der Hartnäckigkeit des Parteivorstandes jeder Versuch einer Verständigung zu scheitern. Die empörende Nichtachtung der Berliner Parteigenossen, die durch das Ausweichen einer Aussprache dokumentiert ist, wird vom Parteivorstande bis zum Schluß der Sitzung beibehalten. Da läuft folgender Antrag ein:

- Wir erklären uns mit einer Aenderung im Personalstande der Redaktion einverstanden, wenn
1. die bisherige Haltung des Blattes gewährleistet bleibt,
 2. wenn keine Entlassung der jetzigen Redakteure daran geknüpft wird,
 3. wenn die vorzunehmende Aenderung nichts Verlegendes für die Redaktion in sich schließt und die Redaktion damit einverstanden ist.

Dieser Antrag wird vom Zentralvorstand angenommen. Man sollte annehmen, daß jetzt der Parteivorstand seine Anschauungen dargelegt hätte, aber er verschante sich aufs neue hinter formale Ausschüfte. „Trotz Annahme des neuen Beschlusses bestehe doch die Tatsache der Ablehnung der „Prinzipienfrage“ durch die Preßkommission.“ Um auch diesen Vorwand hinwegzuräumen, beschließt die Preßkommission nunmehr die Bejahung der „Prinzipienfrage“ unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den unmittelbar vorher angenommenen Antrag. Alle in der Sitzung Anwesenden glauben jetzt mit Bestimmtheit, daß nun der Parteivorstand in eine sachliche Erörterung der ganzen Angelegenheit eintreten werde. Aber dem Parteivorstand lag gar nichts daran, die Berliner in seinen sein gezeichneten Plan einzuweisen. Wie auf Kommando erhoben sich die Herren und verließen die Sitzung mit der Erklärung, daß der Parteivorstand nunmehr seinerseits hierzu Stellung nehmen werde. Auf die Frage, wann ihm der soeben angenommene Antrag des Zentralvorstandes schriftlich zugestellt werden solle, erklärte er, daß habe Zeit bis Montag; an diesem Tage, um zehn Uhr, träte der Parteivorstand erst zu einer Sitzung zusammen. Das wagte derselbe Parteivorstand zu sagen, der zwei Tage später keine Minute Zeit mehr hatte, sich mit der Preßkommission der Berliner Infanz zu verständigen und mit feberhafter Eile seine Abmachungen mit dem Oberkommando traf.

Das Ergebnis dieser Woche, in der der „Vorwärts“ den Berliner Parteigenossen vorenthalten wurde, war ein Verschleppungsmanöver des Parteivorstandes mit dem Ziel, die Berliner Organisation bei der Entscheidung vollständig an die Wand zu drücken und durch eine Ueberrumpelung in letzter Stunde den „Vorwärts“ eigenmächtig in die Hand zu bekommen. Im Gegensatz zu der langsamen und bedächtigen Haltung in dieser Woche steht dann sein schnelles und energisches Zupacken an den folgenden Tagen.

Am Montag, den 16. Oktober, fand eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes mit der Preßkommission statt und hier rückte der Parteivorstand endlich mit seinem Vorschlage heraus, den er dem Oberkommando machen wollte. Er lautet:

Vorschlag des Parteivorstandes.

Das Oberkommando in den Marken hat in der heute geführten neuen Verhandlung Garantien für die Innehaltung der nach dem zweiten „Vorwärts“-Verbot durch den Brief des Genossen Gaase vom 30. September 1914 gegebenen Zusicherungen verlangt, wenn das gegen den „Vorwärts“ erlassene Verbot aufgehoben werden soll. Das Oberkommando hat den auf Däumig bezüglichen Vorschlag als ungenügend abgelehnt. Es verlangt eine Person, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet wird und auch die nötigen Garantien bietet.

Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß das Wiedererscheinen des „Vorwärts“ bald ermöglicht werden muß, da sonst nicht nur die Partei, sondern auch der Verlag und die Druckerei dauernd dem schwersten Schaden erleiden würden.

Der Parteivorstand schlägt deshalb der Preßkommission vor: Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion des „Vorwärts“ ein und erhält die Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden.

Damit hatte der Parteivorstand seine Mine aufsitzen lassen. Es lag klar zutage, daß er das Eingreifen der Militärzensur benutzen wollte, den „Vorwärts“ vollständig in die Hand zu bekommen, und ihm eine politische Richtung zu geben, die den Anschauungen des Parteivorstandes entspricht. Die Preßkommission wehrte sich in der energischsten Weise gegen einen solchen Handstreich. Mit vollem Rechte wurde darauf hingewiesen, daß das Oberkommando Garantien nur für die Innehaltung der Zensurvorschriften verlangen könne. Der Parteivorstand wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Berliner Parteiorganisation auf keinen Fall zulassen würde, daß ihr Blatt zu einem offiziellen Organ des Vorstandes umgewandelt werde.

Von der Preßkommission wurde folgender Antrag vorgelegt und einstimmig angenommen:

Vorschlag der Preßkommission.

Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion des „Vorwärts“ ein und erhält die Vollmacht, die Beobachtung der Zensurvorschriften zu überwachen und zu erzwingen.

In diesem Antrage kam man der Forderung des Oberkommandos im weitesten Maße entgegen. Da in einer erneuten Unterhandlung Fischers mit dem Oberkommando von letzterem ausgeführt worden war, daß es in der Person des Redakteurs Däumig genügende Garantie für Innehaltung der Zensurvorschriften nicht erblicken könne, erklärte sich die Preßkommission durch ihren Antrag bereit, einem Parteivorstandsmitgliede das Zensurüberwachungsrecht für den „Vorwärts“ einzuräumen und ihm zu diesem Zwecke alle Nachvollkommenheiten zuzubilligen. Das liegt ganz unzweideutig in dem Worte: „erzwingen“. Mehr hatte das Oberkommando nicht verlangt, mehr konnte es auch nicht verlangen. Aber der Parteivorstand wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Militärzensur zu verkoppeln mit seiner eigenen Parteizensur, die er schon vor einem Vierteljahr gegen den Willen der Berliner über den „Vorwärts“ verhängt hatte.

Am Dienstag, den 17. Oktober, erhielt die Berliner Parteileitung vom Parteivorstande folgendes Schreiben:

Abtschrift.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Berlin, den 16. Oktober 1916.

An den Vorstand des Verbandes der Sozialdem. Wahlvereine Berlins, hier

Werte Genossen!

Der Wortlaut des Beschlusses der Preßkommission und des Zentralvorstandes ist uns heute vormittag durch Boten übermittelt worden.

Der Parteivorstand hat in seiner eben stattgefundenen Sitzung dazu wie folgt Stellung genommen:

In dem durch Ihren Beschluß ausgesprochenen Einverständnis mit einer etwaigen Aenderung im Personalstande der Redaktion erblicken wir die Zustimmung zu Verhandlungen über die Forderung des Oberkommandos, die dahin geht, „daß eine Aenderung in dem Personal der Redaktion des „Vorwärts“ eintrete.

Im übrigen bemerken wir in bezug auf die Haltung des „Vorwärts“, daß nach der Meinung, die der Parteivorstand stets vertreten hat, im „Vorwärts“, als dem Zentralorgan der Partei, auch die Auffassung der Parteimehrheit zur Geltung kommen muß und nicht nur die der Minderheit. Doch das ist eine Angelegenheit, über die nicht mit dem Oberkommando zu verhandeln ist.

Wir sind weiter der Meinung, daß die vorzunehmende Regelung nicht von dem Einverständnis der Redaktion abhängig gemacht werden kann.

Um Verhandlung mit dem Oberkommando ist bereits nachgesucht.

Mit Parteigrüß Herrn Müller.

Hier spricht der Parteivorstand deutlich aus, daß er sich über alle Bestimmungen des Parteistatuts hinwegsetzt, Preßkommission und Berliner Parteileitung vollständig übergeht und die Regelung der „Vorwärts“-Frage selbstherrlich in die Hand nimmt.

Am diesem Tage fand um 2 Uhr eine Sitzung der Preßkommission statt, zu der der Parteivorstand trotz Einladung nicht erschien. Wohl aber war der Geschäftsführer Fischer anwesend, der bekannt gab, daß er auf Grund der Beschlüsse des Parteivorstandes mit dem Oberkommando verhandelt habe. Letzteres sei bereit, jetzt das Verbot aufzuheben. Die Preßkommission war über dieses Ueberrumpelungsmanöver auf das höchste enttäuscht. Aber an der Unverfrorenheit eines Richard Fischer, der erst vor wenigen Tagen feierlich versichert hatte, daß für ihn die Befehle der beiden ihm vorgesetzten Instanzen maßgebend seien, prallte alles ab. Dieser Angestellte und Beauftragte der Berliner Parteiorganisation hat in diesem Falle erneut sein Amt dazu mißbraucht, um eine ihm unbecommene Meinung im „Vorwärts“ zu knebeln und mundtot zu machen. Fischer selbst wagt nicht einmal zu behaupten, daß das Oberkommando mehr als rein zensurelle Garantien verlangt habe. Aber er ist eifriger Vertreter der Vorstandsmeinung, die in der Behauptung gipfelt, man könne es einem Vorstandsmitgliede nicht zumuten, die Verantwortung für ein Blatt zu übernehmen, auf dessen Inhalt man keinen Einfluß habe.

Trotz aller Proteste der Preßkommission hielt dann am Dienstag, den 18. Oktober, nachmittags gegen 5 Uhr, der neue Chefredakteur Hermann Müller seinen Einzug in die Redaktion. Er brachte bereits ein ganzes Bündel von langer Hand vorbereiteter Manuskript mit und bewies auch dadurch, daß es sich um einen seit langem planmäßig angelegten Gewaltstreich des Parteivorstandes handelte.

* * *

Das ist die wahre Antwort auf die Frage: „Wie entstand der Streit?“ Man vergleiche damit die „attenmäßige Darstellung“ der Vorstands- und Verlagsflugschrift. Jeder Arbeiter, der nur eine Spur von Parteihre und politischem Reinlichkeitsgefühl in sich trägt, muß sich sagen, daß gegen ein solches Verhalten des Parteivorstandes und Richard Fischers die schärfsten Abwehrmaßnahmen gerechtfertigt sind. Die Beschlüsse der Berliner Verbandsgeneralversammlung gegen diesen Vorstands-Vorwärts sind aber durch die späteren Vorgänge noch doppelt und dreifach gerechtfertigt worden.

Immerhin sind wir dem „Verlage“ dankbar, daß er uns durch seine Flugschrift Gelegenheit gegeben hat, die Wahrheit über den Vorwärtsraub in weitere Kreise der Berliner Arbeitererschaft zu tragen. In ähnlicher Weise werden wir auch die in der Verlagsflugschrift behandelten Fragen der Eigentumsverhältnisse des „Vorwärts“, der Vergewaltigung der Redaktion usw. zerpfücken.

Aber die „attenmäßige Darstellung“ des Vorstandes ist nicht allein einseitig und tendenziös, sie arbeitet auch mit direkten Unwahrheiten, zum Teil sogar wider besseres Wissen. Die Flugschrift behauptet: „Wer den Inhalt des Blattes nicht bestimmen kann, kann auch die Garantien für die Zensurvorschriften nicht übernehmen.“ Damit soll die Gewalt Herrschaft des Parteivorstandsmitgliedes Hermann Müller über den „Vorwärts“ gerechtfertigt werden. Begründet wird diese Behauptung mit dem Hinweis auf ein früheres Verbot im Oktober 1914, bei dem der „damalige Garantemann Däumig“ nach dem Vorschlage der Redaktion selbst

„diktatorische Gewalt“ und „die Befugnis, selbständig über Inhalt und Form der aufzunehmenden Artikel zu entscheiden“ erhalten haben soll. Das ist eine glatte Unwahrheit! Als damals das Oberkommando das Wiedererscheinen des „Vorwärts“ von gewissen Bedingungen, so z. B. die Aufnahme einer Erklärung an der Spitze des Blattes usw. verlangte, da gab nach langen Beratungen mit den Berliner Instanzen und dem Parteivorstande die Vorwärts-Redaktion folgende Erklärung ab:

Ausgehend von dem Wunsche der Berliner Parteio rganisation und des Parteivorstandes, unter allen Umständen den „Vorwärts“ zu halten und unter dem Zwange des Kriegszustandes erklärt die Redaktion, sich den vom Oberkommando gestellten Bedingungen anpassen zu wollen. Zum Zweck der Durchführung hat die Redaktion den Genossen Däumig mit diktatorischer Gewalt eingesetzt und dem Parteivorstand den Wunsch ausgesprochen, seinerseits ebenfalls ein Mitglied zum Zensur zu bestimmen.

In dieser Erklärung, der die Berliner Instanzen und der Parteivorstand beitraten, ist mit keinem Wort davon die Rede, daß der „Garantiemann Däumig“ den Inhalt des Blattes zu bestimmen habe. Und tatsächlich hat Däumig in den zwei Jahren seiner verantwortungsvollen Tätigkeit nicht ein einziges Mal den Versuch gemacht, seine „diktatorische Gewalt“ auf den Inhalt des Blattes auszuüben. Er hat einzig und allein über die Wahrnehmung der Zensurvorschriften gewacht. Der Inhalt und der Charakter des Blattes ist auch unter der zweijährigen „Diktatur“ Däumigs bestimmt worden von dem Gesamtwillen der auf demokratischer und kollegialer Grundlage beruhenden Gesamtedaktion. Däumig hat stets Wert darauf gesetzt, daß der Inhalt des Blattes das Ergebnis einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Redaktionskollegen sei. Diese kollegiale Redaktionsführung ist jahrzehntelang die für den „Vorwärts“ gegebene gewesen, und die Berliner Parteio rganisationen und der Parteivorstand sind stets für sie eingetreten. Das vor dem Kriege angeschnittene Problem einer Chefredaktion ist über das Stadium von Vorschlägen und Erwägungen nicht hinausgekommen. Die kollegiale Redaktionsführung hat erst aufgehört, als die Diktatur Müllers — und hier trifft das Wort in seiner ganzen Bedeutung zu — dank der oben geschilderten Machenschaften im „Vorwärts“ ihren Einzug hielt.

Das wissen der Parteivorstand und der „Verlag“, das weiß vor allem Hermann Müller ganz genau. Aber zur Verteidigung ihrer schlechten Sache kommt es ihnen auf eine Unwahrheit mehr oder weniger nicht an. Hermann Müller war von Oktober 1914 bis Juli 1915 der obenstehenden Erklärung entsprechend der „Zensurbeitrag“ Däumigs. Wenn Müller in dieser Zeit in dem einen oder anderen Falle der Inhalt einer Notiz oder eines Artikels nicht zusagte und er sich deshalb an Däumig wandte, ist ihm von diesem stets gesagt worden, daß er die Angelegenheit erst der Gesamtedaktion unterbreiten müsse. Mit der „diktatorischen Gewalt“ des Garantiemannes Däumig kann also die Selbstherrlichkeit Müllers und der Gewalttätigkeit des Parteivorstandes nicht gedeckt werden.

Parteigenossen Berlins! Ihr steht im Kampfe um Euer gutes Recht auf den „Vorwärts“. Seht Euch die hier geschilderten Kniffe und Schliche des Parteivorstandes recht genau an, damit ihr den weniger unterrichteten Arbeitern, vor allen aber den Gewerkschaftsmittgliedern sagen könnt, in was für Hände „das einzige Arbeiterblatt Berlins“ und das „politische Organ der Berliner Arbeiterklasse“ zurzeit geraten ist.

Der „loyale“ Vorstands-Vorwärts.

Genosse Karl Kautsky schreibt uns:
Der „Vorwärts“ vom 12. Dezember brachte folgende Notiz:

Noch eine Berichtigung. Genosse Kautsky schreibt uns noch:

„Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich nicht zu den Abonnenten des „Vorwärts“ gehöre. Wenn ich fortfahre, sein alter Leser zu sein, ist es eine Folge des Umstandes, daß die „Neue Zeit“ mit dem „Vorwärts“ im Austauschverhältnis steht.“
Also Genosse Kautsky kriegt den „Vorwärts“ umsonst. So gut kanns freilich nicht jeder haben.

Da eine Reihe Genossen mir ihr Befremden über diese Berichtigung ausdrückten, sei hier festgestellt, daß die Redaktion des „Vorwärts“ sich einfach erlaubt hat, aus einer Berichtigung, die ich ihr sandte, einen Satz herauszunehmen und den Rest unter den Tisch fallen lassen.

Schon in der Nummer vom 10. Dezember veröffentlichte ich eine Berichtigung im „Vorwärts“, die unwahre Behauptungen der Redaktion über Bernheim und mich richtigstellte. In einer Erwiderung auf diese Berichtigung verdächtigte mich die Redaktion des „Vorwärts“, ich sei nach wie vor treuer Abonnent des „Vorwärts“, mißachte also den Beschluß der Berliner Genossen, und ich vernachlässige den Kampf um die Ehre unserer Partei.

Da ich vor den Berliner Genossen in falschem Licht erscheinen konnte, wenn ich die Verdächtigung im „Vorwärts“ auf sich beruhen ließ, sandte ich ihm folgende Zuschrift:

„Noch eine Berichtigung. Die Nachschrift, die die Redaktion des „Vorwärts“ meiner Berichtigung anhängt, veranlaßt mich noch zu einer kleinen Richtigstellung. Der „Vorwärts“ begreift mich als „treuen Abonnenten“ und „alten Leser“. Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich nicht zu den Abonnenten des „Vorwärts“ gehöre. Wenn ich fortfahre, sein alter Leser zu sein, ist das eine Folge des Umstandes, daß die „Neue Zeit“ mit dem „Vorwärts“ im Austauschverhältnis steht.

Auf die väterliche Mahnung der jetzigen Redaktion des „Vorwärts“, ich möchte doch auch auf Wahrung der Ehre der deutschen Sozialdemokratie bedacht sein, erwidere ich hier nicht, schon deshalb nicht, weil unsere Anschauungen über das, was der deutschen Sozialdemokratie zur Ehre gereicht, himmelweit auseinandergehen.“

Daß der Redaktion des „Vorwärts“ dieser Schluß nicht sehr angenehm war, begreife ich. Das gab ihr aber kein Recht, meine Zusendung zu verstümmeln und dadurch ihren Charakter zu entstellen.

Sie hat sich nicht nur erlaubt, wesentliche Teile hinwegzulassen, sie hat sogar den nebensächlichen Hinweis auf das Austauschverhältnis durch Unterstreichung besonders hervorgehoben und zur Hauptsache gemacht.

Was sie den Lesern des „Vorwärts“ als meine Einsendung vorsetzte, war nicht diese selbst, sondern nur ein verfälschtes Surrogat. K. Kautsky.

Nachschrift.

Meine Berichtigung hat ein kleines aber bezeichnendes Nachspiel erfahren. Am 12. Dezember erschien das eine Stückchen meiner Einsendung und schon am 14. bekam ich keinen „Vorwärts“ mehr zugesandt. Wie ich jetzt festgestellt habe, geschah dies auf eine Anordnung von der Zentralkasse aus. Man hatte dort offenbar den Eherz der Redaktion ernst genommen, die bemerkt hatte, ich „kriege den Vorwärts umsonst“.

Hätte sie das ernst gemeint, so wäre das ein ökonomischer Blödsinn gewesen, denn ein Austausch ist etwas ganz anderes als eine Schenkung. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ bekommt den „Vorwärts“ nicht umsonst, sondern gibt ihm dafür ein Exemplar ihrer Zeitschrift. Ein derartiger Tausch ist ein redaktionelles Bedürfnis. Es wäre interessant, zu wissen, ob der „Vorwärts“ nicht mit der übrigen Parteipresse im Austauschverhältnis steht und ob die Redaktion von den Blättern, mit denen sie tauscht, ein Zeugnis des Wohlverhaltens verlangt.

Weil man sich im „Vorwärts“ über mich ärgert, glaubt man berechtigt zu sein — nicht etwa das Tausch-

verhältnis zu kündigen, nein, die „Neue Zeit“ bezieht er ruhig weiter —, sondern die Erfüllung des Tauschvertrags einseitig einzustellen. Man betrachtet sie dort offenbar als eine Günst, die nur Günstlingen der Redaktion zuteil und jedem entzogen wird, der bei ihr in Ungnade gerät.

Ich weiß nicht, auf wen diese großartige Manier, mich für meine oppositionelle Haltung zu „bestrafen“, zurückzuführen ist, ob auf die Redaktion oder den Verlag. Wer immer es sein mag, er bringt mir die Heineschen Worte in den Sinn:

Gemein und schmutzig der Banzerich,
Wie Banzen pflegen, rächte er sich.

Die Situation in der Partei.

Mit diesem Thema beschäftigten sich am Freitag, den 15. Dezember, eine Anzahl Versammlungen der Wahlvereine Groß-Berlins. Der Besuch der Versammlungen war sehr verschieden. Er litt unter dem Mangel an genügender Bekanntmachung, da ein in Aussicht genommener Säulenausschlag nicht mehr ermöglicht werden konnte und das Mitteilungsblatt noch nicht in die Hände aller Genossen gekommen ist. Erfreulich aber war, daß überall ein guter Geist zum Ausdruck kam. Im 6. Kreise erklärte im Anschluß an die Mitteilung von der Beschlussfassung des Holzarbeiterverbandes, im „Vorwärts“ nicht mehr zu inserieren, ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes, daß auf der Ortsverwaltung des Verbandes ein gleicher Antrag eingereicht worden sei, was mit lebhafter Zustimmung aufgenommen wurde. Überall wurde für die Verbreitung unseres „Mitteilungsblatt“ eifrig Propaganda gemacht und darauf verwiesen, daß unsere Versammlungen im Mitteilungsblatt angezeigt werden.

Leider konnte das ursprünglich in Aussicht genommene Thema über das Hilfsdienstgesetz in den Versammlungen nicht behandelt werden. Die Genossen haben sich auch so beholfen. Überall kam der Gedanke zum Ausdruck, sich durch keinerlei Maßnahmen des Parteivorstandes in der Vertretung proletarischer Interessen und in der Propagierung des proletarischen Sozialismus heirren zu lassen. Es gibt für uns kein anderes Ziel, um aus dem heutigen Wirrwarr herauszukommen, als das zum Sozialismus.

„Und Friede auf Erden . . .“

Eine Glocke rasselte hinter dem hohen eisernen Tor, das finster aus dem roten Mauerwerk auf uns herniederstarrt. Dann wird es ganz stille. Nur die Schritte des Militärpostens hören wir seitwärts auf dem Pflaster des Hofes erschallen.

So vergehen ein paar Minuten im Schweigen, bis plötzlich von drinnen her ein Schlüsselbund am Schloß erklingt. Seitwärts öffnet sich eine Pforte, in deren Rahmen die Gestalt eines schlüsselbewaffneten Beamten erscheint, die sich schwarz vom erleuchteten Hintergrunde abhebt.

Wir weisen die Bescheinigung vor, die uns ungeführdeten Eintritt in das Reich des Schweigens gewährt. Unser uniformierter Begleiter von draußen verläßt uns. Krachend fällt die Tür hinter uns ins Schloß. Wieder klirren die Schlüssel und rasselnd schieben sich die schweren Riegel vor. Dann herrscht Totenstille um uns.

Der gewölbte Raum zeigt rechts und links schwere braune Holztüren mit schwarzem Eisenbeschlag. Geradezu geht über seine ganze Breite eine Matt-

glastür, scheinbar verziert, in Wirklichkeit gesichert durch schwere Eisengeranke.

Unhörbar schreitet unser Pförtner auf die Glaslär zu. Jetzt erst sehen wir, daß er weiche Filzschuhe trägt, die mit seiner fast militärisch anmutenden Uniform und seinem Seitengewehr seltsam kontrastieren. Und nun wir ihm folgen, bemerken wir, daß der Fußboden aus einem fugenlosen meergrünen Stein mit Kokosmatten belegt ist, auf denen wir lautlos folgen, weil jedes Betreten des nackten Steines mit unseren genagelten Stiefeln ein beinahe schmerzhaft wirkendes Knallen an der gewölbten Decke bewirkt, das uns unwillkürlich auf die Kokosläufer zwingt.

Und wieder klirren die Schlüssel, wieder empfängt uns hinter der Tür ein neuer Führer mit Filzschuhen, Schlüsselbund und Seitengewehr. Und wieder fällt eine Tür hinter uns ins Schloß, als sei dies für die Ewigkeit. —

Wir stehen jetzt in einem Raum hoch wie ein Kirchenschiff. Rechts und links wieder die seltsamen schweren Türen, eine neben der anderen. Kalte schwarze Nummern stehen darauf. Oben aber schwingt sich Galerie über Gallerie an den Wänden entlang, die in der Ferne von schwindligen Eisenbrücken verbunden werden. Dort in der Ferne führen auch spinnwebendünne, eiserne Treppen in die Höhe. Auf die Galerie hinaus aber starrt wieder Tür an Tür.

Auch hier die seltsame Stille. In der Ferne sehen wir einen einzigen dunkel gekleideten Mann mit kurzer Jacke und einer dunklen Mütze, der einen Besen hantiert. Als wir auf der Kokosmatte an ihm vorbeisreiten, stellt er den Besen aus der Hand, kehrt das Gesicht gegen die Wand und bleibt so unbewegt stehen, bis wir uns wieder entfernt haben.

Über uns wölbt sich nun ein hoher, kuppelgekrönter Dom, in dessen Mitte in der Höhe der zweiten Etage eine Art Kanzel schwebt, nur getragen von schwindlängigen Eisenbrücken, die von drei Seiten her nach ihr hinführen. Lassen wir den Blick von der Höhe nach den Seiten schweifen, so sehen wir, wie von dem Kuppelbau aus sich mächtige Flügelbauten nach allen Seiten erstrecken wie die Glieder eines Seesternes. Jeder dieser Flügel weist die Gallerien, die uns schon beim Eintritt ins Innere des Gebäudes auffielen und hier wie dort gähnen dunkle Türöffnungen in unabsehbarer Reihe ins Parterre wie auf die Gallerien hinaus. Ganz am Schluß aber begrenzt jeden Flügel ein einziges mächtiges Fenster, das durch alle vier Stockwerke reicht und an dem vorbei sich eiserne Treppen von Etage zu Etage raufen.

Auch in der Zentrale führen Treppen empor, auf denen wir nun in die Höhe steigen. Durch die durchbrochenen Eisenplatten des Treppenbelages sehen wir dabei schwindelnd in die Tiefe, bis wir die Höhe der zweiten Gallerie erreicht haben. Hier verläßt uns unser Begleiter und schreitet über eine der Brücken nach der Kanzel in der Zentrale, um dem dort postierten Oberaufseher eine Meldung zu erstatten. Von dem Plaze aus, den dieser Mann einnimmt, sind alle Gänge und Gallerien — alle „Stationen“, wie der Fachausdruck lautet — des gewaltigen sternförmigen Gebäudes zu übersehen. Von hier aus sieht man jede Tür, die sich öffnet, jeden Menschen, der sich außerhalb dieser Türen bewegt. Selbst dafür ist gesorgt, daß man die Menschen hinter diesen Türen sehen kann.

Tritt heran an eine von ihnen. Schwere eiserne Bänder führen von den Angeln aus über sie hin. Ein kloßiges, schwarz lackiertes Schloß sichert sie. In etwas über Tischhöhe hat die Tür eine Öffnung, gerade groß genug, einen Schnapf durch sie hindurch zu reichen. Aber diese Öffnung ist wohl verwahrt durch eine feste, ebenfalls mit Schloß versehene Klappe. Ueber dieser Klappe ist eine kleine, runde, verglaste Öffnung, die zur Durchsicht geöffnet und geschlossen werden kann, wie ein photographisches Objektiv. Das ist der „Spion“, der uns gestattet, den hinter der Tür Eingeschlossenen unbemerkt zu beobachten.

Wir versuchen es.

Dort sitzt auf einem hölzernen Stuhl ein Mann in dunkler Anstaltskleidung. Er hat Wäschestücke vor sich zu liegen, die er mühselig ausbessert, indem er die schlechtesten zerschneidet und davon Flicken auf die besseren setzt.

„Unser Anstaltschneider“, erläutert unser Begleiter. „Er sitzt jetzt fünf Jahre ab wegen schweren Diebstahls.“

Wir gehen weiter, bis uns eine Tür auffällt, die außer durch das allgemein vorhandene Schloß durch schwere Riegel verwahrt ist, die ihrerseits durch Vorhängehänger gehalten werden.

„Ein Raubmörder“, antwortet unser Führer auf Befragen. „Er wird vermutlich bald hingerichtet werden.“

Wir öffnen den Spion. Dort liegt ein Mann auf der Britsche, dessen beide Handgelenke durch eine Eisenstange verbunden sind. Eine Kette führt zu einem Ringe, der dicht über dem Fußboden in die Wand eingelassen ist. Die Kette ist gerade lang genug, um ein Einferschreiten zwischen der Tür und dem kleinen Fenster hoch an der gegenüberliegenden Wand zu ermöglichen.

Der Gefesselte richtet sich empor, sein Blick wandert an der kalten Wand entlang und bleibt an der eisenschlagenen Tür kleben, hinter der wir ihn beobachten. Es ist, als sähe er durch die Tür. Schauernd lassen wir die Öffnung zuschnappen.

In diesem Augenblick hebt eine Uhr an und von der Zentrale her schmettern drei scharfe Gongschläge dazwischen.

Am Eingange wird es lebendig. Die Treppen flucht es empor. Und bald darauf erscheinen von der Zentrale her zwei Gefangene mit einem gewaltigen Kessel, der die Abendsuppe enthält. Ein dritter hat eine weiße Schürze vorgebunden und handhabt eine große Kelle, während der Stationsaufseher die Klappen an den Zellentüren öffnet. Von innen wird Napf auf Napf durch die Klappe herausgegeben, gefüllt und zurückgereicht, und mit lautem Knall werden die Klappen wieder zugeworfen. Im ganzen Hause dröhnt und schlirft und klappert und knallt es, bis die Verteilung der Suppe beendet ist.

Dann nehmen wir unsere Wanderung wieder auf.

Die Zelle, in die wir den nächsten Blick werfen, beherbergt einen Apotheker, der wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt ist. Er ist mit Blumenmachen beschäftigt.

Wir schreiten weiter, bis unser Begleiter mit geheimnisvoller Miene stehen bleibt. „Hier sitzt ein Politischer.“

„Wie heißt er? Weshwegen sitzt er hier?“

„Das darf ich nicht sagen!“

Reise öffnen wir den „Spion“.

Links ist die an der Wand befestigte, hochgeklappte Britsche, die oben eine gerollte, blauweißbezogene Decke trägt. Weiter wandert unser Blick nach der Fensterwand, an der unten die Röhren zur Heizung entlang gezogen sind, während sich in mehr als Manneshöhe ein kleines, vergittertes Mattglasfenster befindet. Rechts ist ein winziger Wandschrank zu sehen, aus dem ein brauner Schnaps hervorlugt. An dem Schrank sehen wir auch das Nummernschild hängen, das jeder Gefangene beim Verlassen der Zelle auf der Brust trägt. Oben auf dem Schrank steht ein kleiner Wachsnapf, unten hängen ein paar gerollte, dunkle Kleidungsstücke und die Mütze mit der schwarzen Tuchmaske, die von den Gefangenen auf dem Wege nach dem Hofe, nach der Kirche usw. getragen werden muß, um jede Möglichkeit des Erkennens auszuschließen. Auf dem Tisch liegen ein paar Bücher.

Und nun fällt unser Blick auf den Mann, der rastlos zwischen den kalten Wänden auf und ab wandelt. Zehn Schritte von der Tür nach dem Fenster. Zehn Schritte vom Fenster nach der Tür. Auf und ab. Hin und her. Wie ein rastloses Pendel.

Kurze, schwarze Roden bedecken den Cassale-Kopf.

Ein kleiner Bart umgibt den Mund. Dunkle Augen blicken aus dem aufrecht gehaltenen Gesicht.

Jetzt bleibt er stehen. Zum tausendsten Male fällt sein Blick auf die Pausordnung, die an der Wand hängt. Wieder liest er ihre salbungsvolle Einleitung:

„Du bist nun ein gefangener Mann....“

Da lenkten abermals drei scharfe Gongschläge unsere Aufmerksamkeit ab.

Türen werden geöffnet. Dunkle Gestalten kommen heraus. In je zehn Schritten Abstand von einander wandern sie dann auf ein erneutes Zeichen nach der Zentrale, schwarze Masken vor dem Gesicht, aus denen nur die Augen herausfunkeln. Wie entsetzt doch diese Tracht! Wie verhäßt doch diese Maske! Keine Mutter würde aus dieser Schar ihren Sohn herausfinden!

Von der Zentrale aus geht der Weg dann auf der zweiten Gallerie entlang weiter zur Kirche, deren Pforten weit geöffnet sind. Jeder verschwindet dort in einem der amphitheatralisch angeordneten Kästen, die nur nach der Kanzelseite hin geöffnet sind und jeden Verkehr mit Nachbarn, Hintermann oder Vordermann ausschließen. Zwei Aufseher, die rechts und links von der Kanzel Platz nehmen, können jeden einzelnen der so Unterbrachten beobachten.

Es ist der Kirchenchor der Anstalt, der jetzt versammelt ist, und bald erscheint an der Orgel auch der Kantor, ein älterer vollbärtiger Herr, um seine Söglinge zu dirigieren. Er gibt den Ton an und mit dem Taktstock das Zeichen zum Beginn. Dann setzt voll und mächtig das Lied ein:

„Stille Nacht, heilige Nacht....“

Die Töne suchen ihren Weg zu den geöffneten Türen der Kirche hinaus nach der Zentrale, dort streben sie auseinander und wollen nach allen Seiten in die Flügel des Gebäudes ein. Keine noch so fest verschlossene Tür gebietet ihnen Halt. Sie drängen in die Zellen zu den Männern, deren größte Qual es mit war, ein ganzes Jahr keine menschliche Stimme gehört zu haben.

Erst wird es totentill hinter den eisengewehrten Türen. Dann dringt da und dort heraus leises Weinen. Und als das Lied endet hat, schallt aus einer Zelle ein wildes hysterisches Schluchzen, dem laute Schreie nicht mehr zu unterdrückenden inneren Schmerzes folgen.

Wieder wird es stille.

Dann schwingt sich ein herrlicher, jubelnder Tenor aus der Kirche in die fernsten Winkel des Zuchthauses:

„Ehre sei Gott in der Höhe....“

Und nun senken sich die Stimmen des Chores:

„Und Friede auf Erden....“

Der Kantor hat abgeklöpft; die Sänger sind in ihre Zellen zurückgekehrt; ein großes Schluchzen hebt an. Von der Zentrale gibt eine größere Glocke dröhnend das Schluchzeichen.

Nun erlischt in allen Zellen das Licht, bis auf das in der Zelle des Mörders. Hier brennt es unbarmherzig jede Nacht, bis auch sein Lebenslicht erlöschen wird.

Die Gefangenen suchen ihr Ruhebett auf, doch der Schlaf meidet alle. Auf ihrem harten Lager wälzen sich der Einbrecher, der Mörder, der Sittlichkeitsverbrecher und alle die anderen. Rückgewandt blicken sie auf ein verlorenes Leben. Nur der Politische schaut versonnen voraus. Und im Dunkel der Zelle erhebt vor ihm eine Vision, eine gewaltige Volksmenge, die auf offener Straße jubelnd singt:

„Und Friede auf Erden....“

Lebensmittelnachrichten.

Vom Lebensmittelmarkt kann Erfreuliches nicht berichtet werden. Die Kartoffeln sollen in Zukunft nur von Händlern abgegeben werden, bei denen der Kunde sich hat in eine Kundeliste einzeichnen lassen. Alle schönen Verspre-

hungen, Berlin würde so reichlich mit Kartoffeln versorgt, daß die Bevölkerung sich damit eindecken könnte, sind nicht gehalten worden. Nur die wenigen, die zuerst auf Bezugsscheine Kartoffeln zentnerweise erhalten haben, sind etwas im Vorteil gegen die anderen, die nicht zentnerweise Kartoffeln bekommen oder kaufen konnten. Jetzt soll sich herausgestellt haben, daß weit weniger Kartoffeln vorhanden sind, als man schätzungsweise angenommen hat. Diese Feststellung wird aber stark angezweifelt; es wird vielfach vermutet, daß die im Februar in Aussicht stehenden höheren Preise für Kartoffeln die Ursache der jetzigen Kartoffelknappheit seien. Diese ganze Ernährungspolitik ist keine solche, die im Interesse weiter Kreise liegt. Mit Kohlrüben, die heute die Kartoffelläufer mitnehmen müssen, können die meisten Hausfrauen nicht viel anfangen, da es ihnen an Fett mangelt.

Hohe Preise wurden für Äpfel gefordert. Für den Höchstpreis sind Äpfel nicht zu haben, alles wird unter der Firma Tafelobst verkauft, um die Höchstpreise überschreiten zu können.

Spargel- und Erbsenkonserven sollen in der Woche gegen Abgabe des Brotmarkenmittelstücks verabfolgt werden, aber nur bis zum 24. Dezember. Leider haben viele Kleinhändler diese Konserven gar nicht am Lager, und viele Frauen fragen erstaunt, wo sie denn Spargel- und Erbsenkonserven erhalten.

Schlimm steht es auch mit der Gemüseversorgung Berlins. Seit wir eine Reichsstelle für Gemüse haben, ist Gemüse vom Markte so gut wie verschwunden, so daß die Preisfestsetzungen der Preisprüfungsstelle für Wirsingkohl und Weißkohl nicht allzu viel nützen. Die einzig erfreuliche Mitteilung bezieht sich auf die angekündigte Herabsetzung der Preise für Heringe und Räucherwaren. Tatsächlich sind Bücklinge und Räucherheringe mit 1 Mark pro Stück bezahlt worden. Man spricht davon, daß die Preise auf 40 bzw. 35 Pf. herabgesetzt werden sollen. In den Räucherwarengeschäften waren aber die Preise in den letzten Tagen noch die gleich hohen. Zahlreiche Familien sind auf den Räucherhering direkt angewiesen, der früher 20 bis 25 Pf. gekostet hat. Und Heringe sind fast nirgends zu haben, bis auf die städtischen Heringe, die aber nur selten in kleinen Portionen zu haben sind.

Aus der Partei.

Genosse Artur Stadthagen hielt in einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Jena einen Vortrag über das Zivildienstgesetz. Dabei wurde folgende Resolution gegen eine kleine Minderheit angenommen: 1. Aus der Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz gestimmt hat, kann die sozialdemokratische Arbeiterchaft die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr als ihre Vertretung ansehen und wird dementsprechend ihre Konsequenzen daraus ziehen. 2. Die am 6. Dezember 1916 tagende Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Jena des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Weimar III kann sich mit der Einführung des Zivildienstpflichtgesetzes nicht einverstanden erklären. Mit der Ablehnung des Gesetzes durch die Sozialdemokratische

Arbeitsgemeinschaft erklärt sich die Parteiversammlung einverstanden. Die Bewilligung dieses Gesetzes durch die sozialdemokratische Fraktion wird auf schärfste verurteilt. Die Anwesenden sind überzeugt, daß das Volk, insbesondere die Abgeordneten, alles tun werden, um aus eigener Kraft gegen die Verlängerung des Krieges zu arbeiten. Da die Reichstagsfraktion unser Vertrauen nicht mehr besitzt, fordern wir die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf, in der Presse und im Reichstag selbst allen Bestrebungen, auch die Frauen in das Gesetz einzubeziehen, aufs energischste entgegenzutreten.

Der Wahlverein Randow-Greifenhagen (Landkreis Stettin), der vom Genossen Alwin Krüsten, Gewerkschaftssekretär in Berlin, vertreten wird, sprach seine Mißbilligung zu der Annahme des Hilfsdienstgesetzes durch die Sozialdemokratische Fraktion aus.

Die Beitragssperre beschloßen die Parteivereine in Bremen und Braunschweig. Natürlich ist der Parteivorstand sofort dabei, neue Organisationen in Bremen ins Leben rufen zu lassen und die Genossen aus der Partei hinauszudrücken. Es gibt kein ungeeignetes Mittel, den Kampf in der Partei gegen den Parteivorstand zu führen, als die Beitragssperre.

In Gotha sprachen sich am Sonntag, den 17. Dezember, die Vertreter der Gothaer Gewerkschaften in ihrer Kartellsitzung, die von 70 Funktionären besucht war, nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Bod gegen das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst aus, das sie nicht als im Interesse der Arbeiterschaft liegend anerkennen können. Verschiedene Redner gewerkschaftlicher Organisationen begründeten ihren Standpunkt in eingehender Weise.

In Leipzig stellte sich eine Versammlung, in der Genosse Beyer referierte, auf den gleichen ablehnenden Boden.

Strafanträge Müller — Ernst — Fischer.

Die Gewaltmaßnahme des Parteivorstandes und Richard Fischers gegen die Berliner Genossen, die insbesondere im Vorwärtsraub den Höhepunkt erreichten, hat zu den bekannten Abwehrmaßnahmen der Berliner Genossen geführt. Auch Strafanträge sind schon eingereicht worden. Sie richten sich gegen ein Mitglied der Preßkommission und gegen einige Genossinnen, die beschuldigt werden, in die Redaktionsräume widerrechtlich eingedrungen zu sein, und an dem neuen Chefredakteur Müller Lynchjustiz verübt zu haben. Darauf Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung. Antragsteller sind die Herren Müller, Geiger, Ernst und Richard Fischer. Was Ernst und Fischer bei der Sache zu tun haben, ist unklar. Offenbar betrachten sich beide als Hauswirte vom Lindenhaus. Noch unklarer ist aber, daß die Beschuldigten und auch Zeugen vor die Abteilung VII, politische Abteilung des Polizeipräsidiums zur Verhandlung geladen waren.

Offenlich entgegen die Attentäter nicht ihrer verdienten Strafe, die exemplarisch ausfallen muß, wird der Rechtsanwalt Heinemann im Termin sagen. Recht, Herr Heinemann.

Aus den Organisationen.

Lesende finden am 3. Feiertag in verschiedenen Wahlkreisen statt.

Dritter Wahlkreis. Mittwoch, den 27. Dezember, am dritten Weihnachtsfeiertag, findet im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, abends 6 Uhr, im Saal I, eine kleine Veranstaltung für die Kinder statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Niederhühnhausen. Am Mittwoch, den 27. Dezember, abends 8 Uhr, (3. Feiertag), im Lokale von Nettig, Blankenburgerstraße 4: Zwangloses gemütliches Beisammensein. Um recht rege Beteiligung ersucht die Bezirksleitung.

Vereins-Nachrichten.

Neukölln. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt am Sonnabend, den 23. Dezember, sowie in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen. Von Neujahr ab wird dann die Bibliothek an den Ausgabeterminen nur noch bis um 9 Uhr geöffnet sein.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 24. Dezember, vormittags 11 Uhr: Kl. Frankfurterstraße 6: Vortrag von Herrn Ernst Däumig: Wie das Weihnachtsfest entstand. Montag, den 25. Dezember: Herr Dr. M. S. Baega: Menschwerdung. Nächste freireligiöse Vorlesung: Sonntag, den 7. Januar.

Arbeiter-Radf.-Verein „Groß-Berlin“.

Mittwoch, den 27. Dezember, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in Gieskes Vereinshaus, Köpenickerstraße 62. Tagesordnung: Vortrag und Geschäftliches. Teilnehmer und Gäste haben Zutritt. Die Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen. Ausstehende Sammellisten sind mitzubringen.

Das Jugendheim I (Brunnenstr. 70) veranstaltet am 1. Weihnachtsfeiertag, 8 Uhr abends, eine Heimfeier. Rezitationen, Gesang, Mandolinenvorträge und Festansprache. Eltern und Angehörige, sowie Freunde unserer Jugendbewegung sind hierzu herzlich eingeladen.

Wahlverein Bohnsdorf. Montag, den 25. Dezember (1. Feiertag), nachmittags 4 Uhr, Weihnachtsfeier im Saale des Herrn Wirth, Bahnhofsstraße. Mitwirkende: Fräulein Marie Schipmann (Rezitatoren), Gesangverein „Sängerchor“, Jugendkapelle, Kinderchor.

Groß-Lichterfelde. Am 28. Dezember, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Wahrensdorf, Hindenburgdamm 104,

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 16. Dezember 1918 verstarb unser Genosse, der Silberarbeiter

Adalbert Christoph, Muskauerstr. 36.

Am 16. Dezember 1918 verstarb unser Genosse, der Maler

Carl Dreier, Tilsiterstr. 72.

Am 17. Dezember 1918 verstarb unser Genosse, der Tischler

Hermann Gutsche.

Ehre ihrem Andenken!

6. Wahlkreis.

Am 15. Dezember verstarb unser Genosse, der Klempner

Max Müller, Triftstr. 62.

Ehre seinem Andenken!

Wahlverein Neukölln.

Am 12. Dezember verstarb unsere Genossin

Berta Kerntopp

Leinestr. 51, 16. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

Monatsversammlung. Vortrag: Die Gewerkschaften und ihre Zukunft.

Erneuert rechtzeitig das Abonnement.

Die Leser auswärtiger Parteiblätter werden darauf aufmerksam gemacht, ihr Abonnement baldigst zu erneuern. Wer nicht vierteljährlich abonnieren will, kann das monatlich tun. Er muß zu diesem Zwecke nach der zuständigen Postanstalt gehen und das Abonnementsgeld bezahlen. Auch diejenigen, die neu bestellen, müssen das gleiche tun.

Nachruf!

Als Opfer des Weltkrieges fiel bei den Kämpfen in Rumänien unser Kollege, der Mechaniker

Richard Neumann

im 27. Lebensjahr.

Sein Andenken ehren

Die Kollegen der Firma C. Lorenz u. S.

16 t. Bandke.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

6. Wahlkreis.

Am 27. Juli fiel der 33 jährige Maurer

Hermann Vollnow

Basstianstr. 3, 17. Abt., Bezirk 803.

Am 2. September fiel der 30 Jahre alte Monteur

Georg Seibert

Böhlertstr. 11, 11. Abt., Bezirk 644.

Wahlverein Neukölln.

Am 19. November verstarb im Lazarett unser Genosse, der 29 Jahre alte Glaser

Albert Panjas

Eisenstr. 83, 4. Bezirk.

Am 10. Dezember verstarb im Lazarett in Thorn unser Genosse, der 45 Jahre alte Schriftsetzer

Adolf Abraham

Donaustr. 25, Bezirk 7a.

Seine Leiche ist nach hier überführt worden und am 17. Dezember im Krematorium in Treptow-Baumschulenweg eingäschert worden.

Am 19. November fiel unser Genosse, der 29 Jahre alte Tableauarbeiter

Waldemar Lau

Okerstr. 7, 16. Bezirk.

Am 10. November fiel im Westen unser Mitglied, der Bauarbeiter

Hermann Jäckel

Erststr. 4, 7. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!